spreis vierteljährlich: in Münster zweimal täg-
rei ins Haus gebracht 1 Mark 25 Pfg., —
irts von der Post abgeholt 1 Mark 50 Pfg.,
) den Briefträger gebracht überall, wo nur
al im Tage Briefbestellung stattfindet, 1 Mk.
fg., in Orten mit zwei- und mehrmaliger Be-
ng 2 Mk. 22 Pfg.

rahtadresse: Volkszeitung Münsterwestf.
r.: Redaktion (Klosterstr. 31/32) Nr. 264 u. 23.
r.: Geschäftsstelle (Michaelisplatz 9) Nr. 23.

Münsterischer Anzeiger

Zwei Ausgaben täglich. und Münsterische Volkszeitung. 33 382 Abonnenten.

Anzeigen: Der Raum für die Anzeigenspalte, 39 mm breit, 2,4 mm hoch, 25 Pfg.; bei Anzeigen aus dem Reg.-Bez. Münster 20 Pfg., aus der Stadt Münster 15 Pfg. (für Aktiengesellschaften usw., Vereine und Behörden 25 Pfg.). — Reklamen: Der Raum für die Reklamenspalte, 87 mm breit, 2,4 mm hoch, 1 Mk. — Für die Erfüllung von Platzvorschriften wird Gewähr nicht übernommen. Etwaiger Rabatt gilt als Kassenrabatt und kann verweigert werden, wenn Zahlung nicht binnen vier Wochen nach Erhalt der Rechnung erfolgt. — Gebühr für Beilagen nach Gewicht.

Erste Ausgabe. 1. Blatt. Donnerstag, 9. März 1911. 60. Jahrgang. Nr. 163.

Preußischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

Berlin, 8. März. (Drahtb.)

m Ministertische der Kultusminister.
räsident v. **Kröcher** eröffnet die Sitzung 11 Uhr 15 Min.
ie allgemeine Besprechung des

Kultusetats

ortgesetzt.

bg. **Ströbel** (Soz.): Wir fordern die Trennung der vom Staate. Erst wenn diese Forderung erfüllt ist, n derartige Konflikte, wie die gestern verhandelten, aus elt geschafft werden. Für die Volksschule werden nur e Mittel aufgewandt im Verhältnis zu den ungeheuren ben, die der Militarismus verschlingt. Was den rnisteneid anbetrifft, so verlangen wir eine reinliche ung von Wissenschaft und Glauben. Die ganze theo- e Forschung ist keine Wissenschaft. Die Universitäten ie Dienstmagd der kapitalistischen Kreise. Von einer eit der Wissenschaft kann keine Rede sein.

bg. **Porsch** (Zentr.): Meine politischen Freunde und on uns vertretenen Wählermassen wünschen dringend neuen Kulturkampf, und darum sind wir dem Minister- enten für seine gestrige Erklärung außerordentlich dank- Seine Ausführungen sind auch von den verschiedenen Par- des Hauses in mehr oder minder ausführlicher Weise be- worden. Nur mein Vorredner hat eine Ausnahme ge- und ich begreife vollkommen, daß die Sozialdemokra- n Wunsch haben, es möchte ein neuer Kulturkampf ent- ; denn nur dadurch kann ihr Weizen blühen. Wir wün- dringend auch den konfessionellen Frieden und sind dem sterpräsidenten dankbar, daß er ausgesprochen hat, kon- elle Verstimmungen sollen nie zur Grundlage politischer ahmen gemacht werden. Wir sind ihm auch dankbar, r die wohlwollende Gesinnung Sr. Heiligkeit des Par- nerkannt hat. Ich will dem Grundton dadurch Rechnung , daß ich mich bemühe, möglichst sachlich zu sein und ruhig rechen. Im Gegensatze zum Abgeordneten v. Karoorff stehe ich auf dem Standpunkte, daß wir als das Ziel er Wünsche die Wiederherstellung derjenigen Zustände en, die bis zum Ausbruch des Kulturkampfes nicht zum en des Vaterlandes bestanden haben. (Lebhafte Zustim- im Zentrum.) Ich gebe zu, daß eine Vermehrung der stattgefunden hat, aber den Löwenanteil daran tragen rankenpflegerorden. Diese Zunahme erklärt sich nicht aus der Zunahme der Bevölkerung, sondern auch daraus, as Gebiet der Caritas sich gegen früher außerordentlich tert hat. Man kann also keine Gefahr für den Staat sehen, sondern kann für diese Ordenstätigkeit nur dank- ein. Auf politischem Gebiete besteht keine Schwierig- m Verkehr mit den Andersgläubigen. Ich bin jetzt bald ahre im politischen Leben tätig, habe aber noch niemals ben, daß mir ein katholischer Wähler auf die Aufforde- für einen evangelischen Kandidaten zu stimmen, geant- t hätte: „Nein, er ist evangelisch." Wohl aber habe ich Herren verschiedener Parteirichtungen gehört, diese Ver- rung würden sie gern treffen, aber er glaube nicht, daß e evangelischen Wähler dazu bestimmen könnten, einen lischen Mann zu wählen. (Hört, hört! im Zentrum; Zu- inks: Zentrumsmann!) In einer jungliberalen Ver- lung in Hannover hat ein Jungliberaler darüber Be- rde geführt, daß nationalliberale Mitglieder des Abge- tenhauses zu freundlich mit Mitgliedern der Zentrums- i verkehrten. (Heiterkeit.) Der Abg. Funck (fr. Vpt.) t in dem Antimodernisteneid eine Gefahr für die Schule; zeigt Mangel an Verständnis, da der Eid tatsächlich s neues enthält. Der Abg. v. Campe (natl.) meint, der modernisteneid sei ein neuer Posaunenstoß zum Beginne Kulturkampfes um die Schulen, weil Windthorst einmal f hingewiesen habe, dieser Schulkampf sei ein katholischer pf. Wir haben im Schulkampf gemeinsame Freunde und de mit den Evangelischen. Der Abg. Stroebel meint, käme dem Zentrum weit entgegen. Sein Genosse Kolb aben urteilt anders; er sagt, die katholische Kirche wolle lisch bleiben und das sei ihr gutes Recht. Meine Freunde chen die Aufrechterhaltung der preußischen andtschaft beim Vatikan aus verschiedenen Gründen, ie ich nicht eingehen will. Ich habe keine Legitimation, n v. Mühlberg zu vertreten, aber von einer Umredigie- von dessen Rede bei der Kaisersgeburtstagsfeier kann Rede sein. Ein Vetreter der „Köln. Volksztg." hat die stenographiert und veröffentlicht. Der Ministerpräsi- sagte, die Bestimmungen der Kurie seien innerkirchliche legenheiten, aber der Staat könne nicht daran vorüber- . Wir sind anderer Ansicht. Man bekümmert sich be- rs lebhaft um die Vorgänge in der katholischen Kirche, end die katholische Presse an Vorgängen in der evange- n Kirche lautlos vorübergeht. Diese Verfügungen sind in iberalen Presse tendenziös behandelt worden. Die mei- würden sich darüber beruhigen, wenn sie einmal aufgeklärt en, um was es sich eigentlich handelt. Ich könnte dem isterpräsidenten beistimmen, wenn es sich um Bestimmun- für Preußen allein handelte, aber sie sind für das ganze et der katholischen Kirche ergangen. Wenn vorher keine andlungen mit Preußen gepflogen worden sind, so ist kei- egs Preußen als quantité négligeable behandelt worden. Verhältnisse in den verschiedenen Ländern liegen hieden. Wir wünschen auch, daß die Verfügungen überall rchgeführt werden, daß Konflikte vermieden werden.

Das Dekret über die Kinderkommunion ist zwei- s eine innere Angelegenheit der Kirche. Der Papst ist em alten Brauche zurückgekehrt, der noch in der griechi- Kirche besteht, wodurch die Kinder sehr frühzeitig zur Kommunion zugelassen werden. Das Dekret über die tio, die man mit „Absetzung" nicht ganz richtig übersetzt, ervorgerufen durch das Bedürfnis nach einer Neumodifi- n des bestehenden Rechtes. Es wird mit Amotion etwas s im kanonischen Verfahren eingeführt. Zwischen der oilitas ad nutum und der amotio besteht ein wesentlicher rschied, denn die letztere kann nur erfolgen aus bestimmten nden, die im Dekret angegeben sind. Eine vorherige Ver- digung über das Dekret mit der Regierung war nicht g, denn um Konflikte zu vermeiden, ist eine Verständigung die Anwendung im einzelnen möglich. Das Dekret re- das Verfahren bei der Amotion, das bisher nicht gere- war. Bisher war die Absetzung eines Pfarrers möglich, er mit seinen Pfarrkindern nicht im Einklang stand und rch das kirchliche Leben geschädigt werden konnte. Be- mte Grundsätze darüber gab es aber nicht. Durch das De- bekommt nur die Kirche dasselbe Recht, das der Staat die nicht richterlichen Beamten hat, wenn es im Interesse Dienstes liegt, einen Beamten zu versetzen. Eine solche setzung gab es überhaupt noch nicht. Das preußische Land- besagt schon, daß, wenn ein Pfarrer das Vertrauen r Gemeinde verloren hat, seine kirchlichen Vorgesetzten Versetzung an einen anderen Ort vornehmen sollen. Willkür eines Bischofs kann ebensogut vorkommen, wie . in Oberschlesien Fälle von willkürlicher Versetzung von atsbeamten vorgekommen sind, ohne daß wir darum dem ate das Recht der Versetzung im Interesse des Dienstes nen wollen. Auch nach den Maigesetzen war die Ver- ng eines Pfarrers in ein anderes Amt selbst mit gerin- m Einkommen möglich, wenn sie in einem geordneten Ver- en und unter Angabe der Gründe erfolgte. Der Papst erantwortlich für die Reinheit und Einheit des Glaubens. der Ausführung dieser Befugnis ist der Antimoder- teneid eine Entscheidung des Oberhauptes der Kirche. Kampf gegen den Modernismus ist nicht erst in neuester entstanden, sondern schon Leo XIII. hat 1899 von dieser wendigkeit gesprochen. Herr v. Campe erzählte gestern, der Papst Leo schon 1885 einen Entwurf dafür fertig- bt, ein deutscher Bischof ihn aber abgelehnt habe. Ich nicht, woher Herr v. Campe diese Wissenschaft hat. Im ise meiner Glaubensgenossen im Hause wußte niemand s davon. Ich habe mich daher an der zuständigsten lle telegraphisch erkundigt und die Auskunft bekommen, auch dort nichts davon bekannt ist. Ich muß also die Rich- tigkeit dieser Mitteilung des Herrn v. Campe in Abrede stellen. Von Interesse ist, daß nach dem Erlaß der Modernismus-Enzyklika der bayrische Kultusminister in der bayrischen Kammer sagte, nach dem bayrischen Staatsrecht bedürfte die päpstliche Entscheidung des placetum regium. Die Frage sei nur, ob die Regierung das placetum verweigern könne. Diese Enzyklika sei ein Ausfluß des obersten Kirchenrechts und sie bezwecke die Reinhaltung der kirchlichen Lehre. Hätte die Regierung das placetum verweigert, so wäre die Kirche gehemmt worden und die Regierung hätte nicht im Sinne der Verfassung gehandelt. Herr v. Campe hat es gestern nicht unterlassen können, sich in das Innere des Modernisteneides einzulassen. Ich will ihm auf dieses Gebiet nicht folgen, weil es auf diese Tribüne nicht gehört, sondern Gegenstand der theologischen Auseindersetzung ist. (Zustimmung im Zentrum). Auf einen Streit darüber sich einzulassen, muß ich für meine Freunde ablehnen. Ich verweise auf eine Schrift, die jetzt von Professor Mausbach in Münster herausgegeben wird und die in fünf Kapiteln die ganze Frage des Modernisteneides behandelt. Was die Bindung gegen den Modernismus betrifft, so entscheidet allein die Religionsgemeinschaft, unter welchen Voraussetzungen sie geistliche Amtshandlungen in ihrem Kultus zulassen will. Der Minister sagte, wer Geistlicher werden will, muß wissen, was er tut, der Stat ist nicht in der Lage, da einzugreifen, er hat auch keine Mittel dazu. Die Wissenschaft und ihre Lehre sind allerdings nach der Verfassung frei. Aber hier kann man nicht sagen, daß der Antimodernisteneid mit der Verfassung unverträglich sei. Durch den Eid wird nicht etwas Neues gefordert. Dieser Ansicht sind auch die theologischen Professoren sämtlicher katholischer Fakultäten. Und Sie werden wohl annehmen können, daß die Vertreter der katholisch-theologischen Wissenschaft die Sache besser verstehen werden, als nichtkatholische Herren. (Sehr richtig im Zentrum). Herr v. Campe hat sich sicher große Mühe gegeben, in diese Dinge einzudringen. Er meinte sogar, daß er beinahe katholischer Theologie-Professor werden könnte. Nun, dazu werden seine Studien nicht ausreichen. (Heiterkeit). Ich würde mir niemals anmaßen, durch das Studium evangelischer Dinge die Interna des evangelischen Glaubens besser verstehen zu können, als ein evangelischer Theologe. Der Präsident der luxemburgischen Regierung hat in der Kammer ebenfalls ausdrücklich erklärt, der Eid verpflichtet zu nichts, wozu ein Katholik nicht schon jetzt verpflichtet sei. Wenn Herr v. Campe fragt, wozu denn der Eid nötig wäre, so muß ich ihm antworten: Weil diese alten Wahrheiten mit neuen Mitteln angefochten werden, ist es nötig, die alten Wahrheit von neuem zu beschützen. Ich halte es für sehr bedenklich, wenn jemand sagen will, vom staatlichen Gesichtspunkte aus erscheine es unzulässig, eine solche religiöse Bindung von Universitäts-Professoren eintreten zu lassen. Die Medaille dieser Klage hat eine Kehrseite. Wenn man die scharfe Bindung für gefährlich erachtet, wie denken Sie dann über die radikale Lösung auf diesem Gebiete? Wie denken Sie über die Hochschullehrer, die keine Bindung mehr anerkennen, die sich von jedem Glauben losgelöst haben, die den Eid bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden gar nicht zu schwören vermögen, weil sie an einen allmächtigen und an einen allwissenden Gott nicht glauben? (Lebhafte Zustimmung im Zentrum).

Wenn Sie die Frage aufwerfen, ob man eine derartige Bindung auf religiösem Gebiete sich gefallen lassen kann, dann provozieren Sie die Gegenfrage: Kann das christliche Volk sich gefallen lassen, daß an seinen Volksschulen Lehrer wirken, die keinen Glauben an Gott mehr kennen? (Anhaltender stürmischer Beifall im Zentrum.) Sie sagen: Es gibt keinen Gott, und verlangen, daß man vor Ihrer souveränen Vernunft einfach auf die Knie falle. (Erneuter Beifall im Zentrum.) Ich möchte davor warnen, daß man diese Bindung des Antimodernisteneides mit dieser Schärfe in das Volk wirft. Konfessionelle Unterschiede werden durch diese Maßregel nicht verschärft.

Wenn das protestantische Empfinden sich gegen den Antimodernisteneid sträubt, so ist das darauf zurückzuführen, daß man die ganze Situation verkennt. Grundsätzlich steht die evangelische Kirche in der Beurteilung des Modernismus auf demselben Standpunkte wie der Papst. (Widerspruch rechts und links.) Ich werde Ihnen das gleich beweisen. Nur daß man mit der Art des Vorgehens auf evangelischer Seite anders als auf katholischer Seite denkt. (Redner zitiert eine Reihe von Zeitungsartikeln, so Aufsätze der Kreuzzeitung vom 17. Oktober 1907 und vom 2. Februar 1908, des „Reichsboten" vom Januar 1908 und einen Aufsatz der von Hengstenberg begründeten „Evangelischen Kirchenzeitung Nr. 48 von 1908.) In dieser Evangelischen Kirchenzeitung wird ausgeführt, daß man der Enzyklika in vielen Punkten zustimmen könne; denn sie richte sich gegen die mehr oder minder unwissenschaftliche moderne Weltanschauung, die auch von evangelischer Seite bekämpft werden müsse. Es sei nicht nur ein Recht, sondern auch eine Pflicht und ein Verdienst des Papstes, die Unwissenschaftlichkeit und die Unvereinbarkeit dieser Lehren mit dem christlichen Glauben zu kennzeichnen. Dem Einschreiten des Papstes gegen den Modernismus könnten auch die Evangelischen zustimmen, ja, man könne sich vom christlichen Glauben aus nur darüber freuen. (Hört, hört! im Zentrum.) Die Herren werden von ihrem Standpunkte aus zwar anders vorgehen, aber der Kampf ist der gleiche zur Wahrung des christlichen Glaubens. Die eidliche Bindung ist nichts neues. Das können Sie bei Mausbach nachlesen. Die Staaten haben nie Anstoß daran genommen; denn in den evangelischen Fakultäten haben sie auch ganz scharfe Bindungen, so in den Satzungen von Erlangen, Greifswald, Leipzig und Rostock. Ganz rigoros in dieser Beziehung ist Leipzig. Zu dem Ausschusse des deutschen Hochschullehrertages, der die katholischen Professoren gleichsam exkommunizierte, gehören auch evangelische Theologieprofessoren der Universität Leipzig. Der Vorsitzende des Ausschusses ist ein Leipziger Professor. Ich habe bisher nicht gehört, daß die Leipziger Herren mit ihren Kollegen von der evangelisch-theologischen Fakultät den Verkehr abgebrochen hätten, während sie das mit den katholischen Theologen tun wollen. In Sachsen ist übrigens auch ein solcher Eid für die Volksschullehrer vorgeschrieben. Für Baden ist auch ein Erlaß ergangen, der sich mit den evangelischen Geistlichen beschäftigt die von dem Bekenntnisse abweichen.

Man kann verschiedener Meinung darüber sein, ob das ein erwünschter Ausweg ist; aber liegen die Dinge so, dann können Sie der katholischen Kirche keinen Vorwurf machen, wenn Sie solche Disformitäten zwischen der Lehre der Kirche und der Auffassung einzelner noch so gelehrter Leute vermeiden will. Die praktische Seite erstreckt sich einmal auf die Professoren der katholisch-theologischen Fakultäten und zweitens auf diejenigen Geistlichen, welche an weltlichen Gymnasien noch außer dem Religionsunterichte Unterricht in Deutsch und Geschichte geben. Der Erzbischof von Cöln ist im November in Rom gewesen und hat die Ansichten des Episkopats dem Oberhaupte der Kirche vorgetragen. Nachdem er von Rom zurückgekehrt war, hat eine Bischofskonferenz unter dem Vorsitze des Fürstbischofs von Breslau stattgefunden. Der preußische Episkopat hat es für angebracht gehalten, seine Auffassung Sr. Heiligkeit dem Papste durch den Erzbischof von Cöln zu unterbreiten. In Verfolg dieser Vorstellung ist dann das Schreiben vom 31. Dezember ergangen, welches man nur richtig beurteilen kann, wenn man die Vorstellungen des Erzbischofes von Cöln kennen würde. Ich kenne sie nicht und weiß nicht, worauf diese Antwort ergangen ist. Dieses Schreiben ist von vornherein in einer verschärften Übersetzung bekannt geworden. Man hat es als eine Antwort auf die Erklärung des Kultusministers aufgefaßt. Daraus ist der Artikel der Kreuzzeitung entstanden. Inzwischen ist festgestellt worden, daß die Veröffentlichung des Briefes in gar keiner Beziehung zu den Ausführungen des Kultusministers gestanden hat. Ich gebe zu, daß der Inhalt des Schreibens nicht ganz klar war, ob die Universitätsprofessoren ohne weiteres von der Leistung des Eides ausgenommen seien, oder ob trotzdem ein moralischer Zwang ausgeübt werden solle. Das ist durch die Erklärungen der Universitäten Münster, Bonn und dann Breslau geklärt worden, indem sie ausführten, daß sie den Eid nach ihrer Überzeugung leisten könnten. Die an den Fürstbischof von Breslau gerichtete Eingabe hat dieser dem Kardinal-Staatssekretär übersandt, und der Kardinal-Staatssekretär hat darauf den bekannten Brief an den Fürstbischof von Breslu geschrieben, wonach jeder moralische Druck hinweggenommen ist. Nach dem Eingange dieses Briefes hat der Fürstbischof von Breslau an den Kardinal-Staatssekretär telegraphisch die Anfrage gerichtet, ob sich die Antwort auch auf alle übrigen theologischen Fakultäten beziehe. Die telegraphische Antwort war: „Ja, wenn sie dieselbe Gesinnung bekunden." Da dieses nicht in Zweifel gezogen werden kann, ist damit für die Fakultäten die Sache erledigt. Die Professoren der theologischen Fakultäten sind von der Leistung des Eides befreit.

Von dem Artikel des „Osservatore Romano" habe ich die Auffassung: Durch das Schreiben des Kardinal-Staatssekretärs solle zum Ausdruck gebracht werden, daß nicht entgegen dem päpstlichen Schreiben vom 31. Dezember vorigen Jahres infolge der Vorhaltungen des Gesandten eine neue Konzession gemacht worden ist, sondern daß diese Erklärung des Staatssekretärs lediglich die selbstverständliche Folge aus dem päpstlichen Schreiben vom 31. Dezember sei, zu deren Erlaß es einer besonderen Interpretation nicht bedürfe. Es ist richtig, daß der Ersatz der Professoren in Zukunft nur aus Geistlichen möglich sein wird; aber nach dieser Richtung hin wird für das Ansehen und die Bedeutung der Fakultäten irgend eine Minderung nicht eintreten. Meine politischen Freunde wünschen dringend die Aufrechterhaltung unserer katholisch-theologischen Fakultäten, nicht aus praktischen Gründen, sondern vor allem aus idealen Erwägungen heraus, daß zu der universitas litterarum auch die Fakultät gehören muß, die die Wissenschaft von Gott lehrt. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Die Bedeutung der katholischen Fakultäten wird bestehen bleiben, auch wenn nur noch Geistliche in ihnen sind, die den Eid geleistet haben. Schon 1857 erwog man in Württemberg die Aufhebung der Fakultät in Tübingen; aber man entschied sich dahin, daß nicht die freie Forschung, sondern die Wahrheit die Hauptsache sei.

Die Erklärungen des Ministerpräsidenten, daß die Übertragung des Unterrichtes in Geschichte und Deutsch an Lehrer, die den Antimodernisteneid geleistet haben, nicht mehr erfolgen solle, haben uns befremdet. (Lebhafte Zustimmung im Zentrum.) Wir würden es bedauern, wenn das geschehen sollte; denn wir können nicht anerkennen, daß in der Person des Lehrers irgend eine Änderung durch die Leistung des Eides entstanden sei. (Sehr richtig! im Zentrum.) Der Unterricht wird derselbe bleiben wie bisher. Ich möchte also davor warnen, eine Änderung eintreten zu lassen. Ein evangelischer Geistlicher wird allerdings die Reformationsgeschichte anders vortragen als ein katholischer. Aber der Antimodernisteneid hat damit gar nichts zu tun. (Sehr richtig! im Zentrum.) Nur in 27 Anstalten in Preußen unterrichten Geistliche in Deutsch und Geschichte. Die Sache hat also keine große Bedeutung. Aber wenn diese Geistlichen den Unterricht nicht erteilen dürfen, wird dadurch ein großer Zankapfel in die Bevölkerung geworfen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Eine Störung des konfessionellen Friedens wird dadurch hervorgerufen. (Sehr richtig! im Zentrum.) Es kommt hinzu, daß sogar atheistische Lehrer existieren (Sehr richtig im Zentrum.), die man nicht beseitigen kann, die aber Deutsch und Geschichte lehren. (Sehr richtig! im Zentrum.) Ich warne vor den Konsequenzen, die ein solches Vorgehen haben kann. Wie soll die Erziehung der Schüler zur Gottesfurcht sich gestalten, wenn Lehrer unterrichten, die aus der Kirche ausgetreten sind? (Sehr richtig! Zentrum.) Mit Freuden wollen wir zum Frieden beitragen. Herr v. Campe erzählte von einem anonymen Lehrer, der gesagt haben soll, daß über dem deutschen Vaterlande noch die Kirche stehe. Das würde nicht der katholischen Auffassung entsprechen. Danach sind Staat und Kirche Zwillingsgeschwister. Wenn die Kirche Gerechtigkeit gegen Gott verlangt, so verlangt sie damit zugleich Gerechtigkeit gegen die Fürsten. (Lebhafter Beifall im Zentrum.)

Kultusminister **Trott zu Solz**: Der Vorredner wandte sich mit Entschiedenheit gegen die Auffassung, daß ein katholischer Geistlicher, der den Eid geschworen hat, nicht für befähigt gehalten werde, an unseren höheren Lehranstalten Deutsch und Griechisch zu unterrichten. Wenn der Vorredner annehmen sollte, daß diese Auffassung auch diejenige des Ministerpräsidenten wäre, so würde er irren. Diese Auffassung hat der Ministerpräsident nicht vertreten. Denn wenn er sie vertreten hätte, dann hätte er sich auch dafür aussprechen müssen, daß diejenigen Geistlichen, welche zurzeit schon diesen Unterricht erteilt hätten, entlassen werden müßten. Das hat aber der Ministerpräsident nicht getan. Er hat sich dagegen im Gegenteil ausdrücklich gewandt. Wenn wir aber in den gegenwärtigen Verhältnissen glauben auf diesem Gebiete zurückhaltender sein zu sollen, wenn wir uns insbesondere eine große Zurückhaltung bei der Anstellung von katholischen Geistlichen im Staatsdienste auferlegen, so ist dafür die Sorge die Erhaltung des konfessionellen Friedens. (Sehr richtig). Wie der Ministerpräsident gestern nachdrücklich betonte, sieht die Regierung ihre wichtigste Aufgabe darin, auf die Erhaltung des konfessionellen Friedens hinzuwirken und alles zu vermeiden, was eine Störung desselben herbeiführen könnte. Ich kann zu meiner größten Genugtuung aus der gestrigen und heutigen Debatte feststellen, daß die Regierung in der Erstrebung dieses Zieles im vollen Einverständnis auf allen Seiten steht. (Beifall). Wenn wir aber dieses Ziel ernstlich wollen, dann werden wir wohltun, Reibungsflächen zu vermeiden und nicht über das unvermeidliche Maß hinaus Gelegenheiten entstehen zu lassen, die geeignet sind, Zwistigkeiten zwischen den Konfessionen, Streitigkeiten zwischen Staat und Kirche hervorzurufen und schließlich Konflikte herbeizuführen. Die Erfahrungen der letzten Zeit aber haben es uns deutlich vor Augen gestellt, wie schon eine solche Konfliktsmöglichkeit vorliegt, wenn ein katholischer Geistlicher zugleich im Staatsdienst steht, wenn er also abhängig ist auf der einen Seite vom Staat, auf der anderen von der Kirche, und wenn dann an ihn neue Forderungen herantreten, ohne daß zuvor die eine Seite sich mit der anderen Seite in geeigneter Weise verständigt hat. (Sehr gut! links). Da tritt sehr leicht eine Meinungsverschiedenheit ein. Es ergeben sich Schwierigkeiten und schließlich steht der Konflikt vor der Tür aus einem verhältnismäßig geringen Anlaß, ein großer Konflikt zwischen Staat und Kirche in seinen unabsehbaren Folgen. Das wollen wir vermeiden, so weit es irgendwie in unserer Macht steht, und deshalb glauben wir recht zu tun, wenn wir die Zahl der Konfliktsmöglichkeiten sich nicht über das unvermeidliche Maß vermehren lassen, wenn wir Zurückhaltung üben in der Anstellung von katholischen Geistlichen im Staatsdienst, so lange bis wir die Zuversicht haben, daß ebenso, wie es bisher von Seiten des Staates geschehen und in Zukunft geschehen soll, auch von Seiten der Kirche das zwischen ihm liegende Grenzgebiet mit derjenigen Vorsicht und Zurückhaltung betreten wird, die unerläßlich ist, wenn der Friede erhalten und Konflikte vermieden werden sollen. So handeln wir im Interesse der Erhaltung des konfessionellen Friedens, wenn wir in dieser Weise vorgehen, und wir glauben, daß wir dabei die Zustimmung des Hauses haben, auch gerade die Zustimmung der Partei des Vorredners, die mit derselben Wärme wie die übrigen für die Erhaltung des konfessionellen Friedens eingetreten ist, durch dessen Störung gerade sie in hervorragendem Maße berührt werden würde. (Lebhafter Beifall).

Abg. **Friedberg** (ntl.): Der Abgeordnete v. Heydebrand wies auf die großen Aufwendungen für die Volksschule hin. Es würde für die Schule weit mehr erreicht sein, wenn die konfessionellen Grundlagen beseitigt würden. Wenn der Abg. Heydebrand verlangt, daß die Kurie bei dem Erlaß von Dekreten auf die eigenartigen deutschen Verhältnisse Rücksicht nimmt, so ist das ganz schön, aber das Zentrum hat dafür nur ein ironisches Lächeln. Rom kümmert sich nicht darum. Weit entschiedener war die Sprache des Ministerpräsidenten. Mit einer erfreulichen Energie erkannte der Ministerpräsident an, daß das Vorgehen des Vatikans eine Rücksichtslosigkeit gegen Preußen sei, daß der Modernisteneid geeignet sei, in staatliche Verhältnisse einzugreifen. Konflikte würden vermieden, wenn wir nur weltliche Lehrer hätten. (Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.) Die Delegation in Rom leistete vielfach nicht das, was von ihr erwartet wurde. Dem Gedanken an ihre Abschaffung wollen wir heute nicht näher treten. Wir werden die weitere Entwicklung der Dinge abwarten, verlangen aber, daß die Kurie über diplomatischere Verkehrsformen verfügt und das an Stelle des mündlichen Verkehrs der diplomatische Notenwechsel tritt. In die Verhältnisse der römisch-katholischen Kirche mischen wir uns niemals ein. (Widerspruch im Zentrum.) Deshalb ist der kürzlich gegen uns erhobene Vorwurf der konfessionellen Hetze unangebracht. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. **Pachnicke** (Fortschr. Vpt.): Die Rede des Ministerpräsidenten war eine Warnung an den Vatikan, aber nur eine Warnung. Den Worten soll die Tat nicht folgen. Es kam mehr das Friedensbedürfnis zum Ausdruck, als das preußische Volksbewußtsein. Es ist kein Zweifel, daß der Brief an Kardinal Fischer eine Provokation der Gesandtschaft beim Vatikan war. Er bewies, daß die Gesandtschaft überflüssig ist. (Bravo! links.) Sie ist ebenso überflüssig, wie die Gesandtschaften bei den deutschen Bundesstaaten. Was den Modernisteneid betrifft, so wollen wir religiöse Überzeugungen nicht verletzen, protestieren aber gegen die Ausführungen der Redner des Zentrums im Sinne der Freiheit der Wissenschaft. Wir wenden uns gegen die Zurückdrängung des Staates in Dingen, in denen er die oberste Instanz bleiben muß.

Staatssekretär **v. Kiderlen-Wächter**: Der Abg. Pachnicke machte der Gesandtschaft in Rom den Vorwurf, daß wir eine unrichtige Darstellung über die Ableistung des Modernisteneides erhalten hätten. Der Vorredner widerlegte diesen Vorwurf durch seine weiteren Ausführungen selbst. Der zweite Vorwurf war daß die Gesandtschaft sich ein inkorrektes Verfahren der Kurie habe gefallen lassen müssen, indem die Kurie die Antwort auf die Vorstellung des Gesandten in einem Briefe an eine andere Stelle, nämlich an den Kardinal Kopp, gegeben habe. Hierbei ist diplomatisch korrekt verfahren worden. Sodann ist den Gesandten mangelhafte Information über die Absichten der Kurie vorgeworfen worden. Wir verlangen nicht von unseren Vertretern, daß sie die Absichten der Regierung vorher kennen. Dann wurde verlangt, daß er hätte eingreifen müssen. Dazu war er nicht berechtigt. Er mußte vorher an die Regierung berichten. Der Vorredner sagte: Statt der Gesandtschaft genügt die Post. Schließlich muß aber auch an der Post jemand sein, der schreibt. (Heiterkeit.)

Darauf wurde das Ministergehalt bewilligt, ebenso das Kapitel Kultus und Unterricht.

Weiterbatung Donnerstag 1 Uhr.

Schluß 4½ Uhr.

Deutscher Reichstag.

Berlin, 8. März. (Drahtb.)

Am Bundesratstische **Staatssekretär Kraetke**.
Der **Präsident** eröffnet die Sitzung um 1 Uhr 15 Min.
Auf der Tagesordnung steht die

zweite Lesung des Postetats.

Die Budgetkommission beantragt Resolutionen, in denen verlangt wird

1. daß von der Einberufung von Anwärtern für den mittleren und höheren Postdienst bis auf weiteres Abstand genommen und das Bedürfnis für die Vermehrung von Beamtenklassen durch Einstellung von Unterbeamten und gehobenen Unterbeamten befriedigt wird;

2. daß dem Reichstag eine Denkschrift über eine anderweitige Organisation der Beamten der Postverwaltung vorgelegt werde;

3. daß den älteren Oberpost- und Telegraphenassistenten und den Vorstehern 2. Klasse eine Zulage gewährt werde.

Das Zentrum beantragt eine Resolution, in der eine Neuregelung der Dienstverhältnisse der Reichsbeamten, Reformen des Disziplinarverfahrens usw. verlangt wird.

Die Freisinnigen verlangen Maßnahmen zur Beseitigung der unbilligen Härten, die durch die Neuregelung der Bezüge der Post-Unterbeamten geschaffen sind.

Die Sozialdemokraten beantragen schließlich Resolutionen, in denen eine Revision des Beamtenbesoldungsgesetzes, sowie die Vergebung von Arbeiten für die Postverwaltung nur an solche Firmen verlangt wird, die die Tarifverträge usw. innehalten.

Abg. **Groeber** (Zentr.): In der neuen Besoldungsordnung der Reichsbeamten ist hinsichtlich gewisser Klassen von Postbeamten durch das Unannehmbar des Staatssekretärs des Reichspostamtes und des Reichsamtes des Innern eine Lücke gerissen und statt der Wiederherstellung der Zufriedenheit und Ruhe Unzufriedenheit und Aufregung beinahe in Permanenz erklärt worden. Am Reichstage liegt das nicht. Er war bereit, den als berechtigt erkannten Ansprüchen dieser Kategorien gerecht zu werden. Die Frucht ist das schleunige Wiederauftauchen von Resolutionen, welche den Zweck verfolgen, die eben Gesetz gewordene neue Gehaltsordnung zu revidieren. Die Sozialdemokraten fordern eine Revision zur angemessenen Erhöhung der durchaus unzulänglichen Bezüge der Postunterbeamten. Die Herren von der fortschrittlichen Volkspartei wünschen die Ausgleichung der unbeabsichtigten Härten, die durch die Regelung der Bezüge der Postunterbeamten geschaffen sind. Wir unsererseits knüpfen an den Postetat an, um die Forderung einer alsbaldigen Vorlegung eines Gesetzentwurfes zur Neuregelung der Dienstverhältnisse der Reichsbeamten zu regeln. Eine solche Neuregelung hat die Regierung schon für diesen Winter versprochen. Wir sind bereits im Frühjahr, aber von dem Entwurf hört man nichts. Da muß sich doch der Reichstag, der aus Anlaß dieser Erklärung eine bereits in das Kolonialbeamtengesetz hinein bearbeitete Vorschrift fallen ließ, sich nach dem Stande der Dinge erkundigen. In dem neuen Gesetze soll a) das Disziplinarverfahren mit ausreichenden Garantien für die Rechte der Beamten versehen und besonders das Wiederaufnahmeverfahren geregelt werden, b) eine dem § 10 des Kolonialbeamtengesetzes entsprechende Vorschrift aufgenommen werden, wonach, wenn in die Personalakten Vorkommnisse eingetragen sind, welche den Beamten zum Nachteil gereichen, eine Entscheidung hierauf nur begründet werden darf, nach dem der Beamten Gelegenheit zur Äußerung gegeben worden ist. Wir beantragen ferner die Veröffentlichung einer Statistik der verheirateten und unverheirateten Reichsbeamten, der Kinderzahl ihrer Familien, sowie der Sterbefälle der Reichsbeamten nach den Reichsämtern getrennt heraus zu geben. Wir hoffen, daß die Nachricht sich nicht bewahrheiten wird, wonach den Postbeamten aus der Tatsache ihrer Verheiratung Schwierigkeiten oder Nachteile erwachsen. Wir wünschen ferner festgestellt zu sehen, welchen Einfluß der Dienst in den einzelnen Ressorts auf die Sterblichkeit der Beamten ausübt. Endlich wollen wir den Reichskanzler ersuchen, die Post- und Telegraphensekretärprüfung ausnahmsweise mit Genehmigung der Reichspostverwaltung zum zweiten Male wiederholen zu lassen.

Abg. **Eickhoff** (Fortschr. Vpt.): Wir stimmen der Resolution des Zentrums zu. Der Etat zeigt ein erfreuliches Bild, denn er weist einen Einnahmezuwachs von 18,7 Millionen, das sind 35,2 Prozent, auf. Der Geist der Sparsamkeit ist auf allen Seiten zu erkennen. Wir wünschen, daß endlich ein Einheitsporto für In- und Ausland eingeführt werde. Der letzte Weltpostkongreß hat uns diesem vor allem näher geführt. Auch das Paketporto ist revisionsbedürftig. Für ein Kilopaket ist das Einheitsporto von 30 Pfg. zu verlangen. Die Exportfirmen klagen über Belästigung des Postverkehrs nach China über Rußland. Die Einschränkung, wie sie nunmehr die Privatbeförderungsinstitute erfahren, erfolgt nicht im Sinne des Postgesetzes. Der Staatssekretär sollte diese Privatbeförderung zulassen. Die Vermehrung der Beamtenschaft im gegenwärtigen Etat ist äußerst gering und entspricht nicht der Vergrößerung des Verkehrs. Diese Sparsamkeit dürfte sich später einmal wieder rächen. Die Besoldungsreform ist für untere und mittlere Beamte ungenügend. Man hätte unserem Antrage seinerzeit folgen sollen. Auch das Wohnungsgeldzuschußwesen ist reformbedürftig. (Beifall links.)

Abg. **Eichhorn** (Soz.): Der Überschuß des Etats ist erfreulich. Immerhin sollte die Post ledigl

nommen erzielt werden, wenn auch die jetzt eingebrachte neue Fernsprechordnung den jetzigen Reichstag kaum noch beschäftigen wird. Sie ist auch kaum brauchbar. Der Kampf gegen die Eilboteninstitute, den die Post führt, streift oft nahezu ans Lächerliche. Erst, wenn die Institute sich zu großen Privatposten auswachsen sollten, wäre es vielleicht an der Zeit, gegen sie auf dem Wege der Gesetzgebung vorzugehen. Heute kann die Post wohl die Konkurrenz gebrauchen. Die Beamtenzahl könnte eher vermindert, als vermehrt werden, die mittleren vielfach durch Unterbeamten ersetzt, vielfach auch Frauen zu der mittleren Arbeit herangezogen werden. Die tatsächlich bestehende Unzufriedenheit der Beamten beruht weniger auf der neuen Gehaltsregelung, als auf den unerquicklichen Personalverhältnissen. Die unteren Beamten werden oft in unerhörter Weise geplagt und schikaniert durch die Aufsichtsinstanzen, die ganz verkehrte Einrichtungen sind. Wir verlangen eine einstweilige Sperrung der höheren Beamtenkarriere. Dabei soll man die Wünsche der mittleren und unteren Beamten mehr berücksichtigen, als es jetzt ohne Rücksicht auf Preußen geschehen ist. Einer allgemeinen, aber von unten anfangenden Revision der Gehaltstarife würden wir zustimmen. Die Mittel könnte die Erbschaftssteuer aufbringen. Ebenso sollte für die Arbeiter gesorgt werden.

Abg. **Dröscher** (Kons.): Die Klagen der Vorredner sind vielfach alle Kamellen und sind anderenteils gar nicht erwiesen. Der Postetat bietet ein außerordentlich erfreuliches Bild. Jedenfalls ist der Etat in seinen Ausgaben mit großer Sparsamkeit aufgestellt worden. Es ist richtig, daß die Geschäfte vielfach von höheren Instanzen auf mittlere übertragen werden können. Die Anwärter für die mittlere und höhere Karriere sollten jetzt nicht mehr angenommen werden. Die Wünsche der mittleren und unteren Beamten sollten berücksichtigt werden.

Der einzig gangbare Weg stellt die auf unserem Antrage beruhende Resolution der Budgetkommission dar. Unbeabsichtigte Härten wollen wir beseitigt wissen. Es steht fest, daß die deutsche Postverwaltung besser den Anforderungen des Verkehres zu genügen versteht, als die Postanstalten der übrigen Länder. Den Staatssekretär unterstützen wir bei der der Post zukommenden Monopolstellung auf das nachdrücklichste. Wir hoffen, daß dem schon so oft tot gesagten Staatssekretär noch ein recht langes amtliches Leben beschieden sein möge. (Bravo! rechts.)

Staatssekretär **Kraetke**: Das Disziplinarverfahren unterliegt zurzeit einer Revision. Hoffentlich kommen wir bald damit zum Abschlusse. Die Personalakten werden wir nach getroffener Eintragung den Beamten zur Äußerung vorlegen. Offenheit ist hier notwendig, sonst geht das Vertrauen zwischen den Beamten und dem Vorgesetzten verloren. Über die persönlichen Verhältnisse der Beamten wird die gewünschte Statistik aufgestellt werden. Auch dem Wunsche auf Wiederholung des Verfahrens soll entsprochen werden. Der Etat ist mit möglichster Sparsamkeit aufgestellt. Die angeforderten Stellen bitte ich aber zu bewilligen. Bei der Verteilung der Lieferungen sind heute schon nur noch Bewerber berücksichtigt, die ihren Verpflichtungen, wie Kranken-, Unfall- und Invalidenversicherung nachkommen. In bezug auf eine Vereinfachung des Weltpostportos beobachten alle Länder Zurückhaltung, weil man sich der gar nicht verbundenen Ausfälle bewußt ist. Mit einzelnen Nachbarländern in Verhandlungen zu treten, ist nicht angängig. Die Vermehrung der Deklarationen der Pakete, die durch Rußland nach Asien befördert werden sollen, ist lästig. Unsere Bemühungen sind aber bisher ohne Erfolg gewesen. Den privaten Beförderungsanstalten können wir weitere Zugeständnisse nicht machen. Eine Erfüllung des Wunsches, ihnen die Beförderung von geschlossenen Briefen zu gestatten, kann ich nicht in Aussicht stellen. Das Ortsporto ist auf Beschluß des Reichstages aufgehoben worden. Mich trifft der Vorwurf nicht. Eine Verbilligung im Scheckverkehr ist sicher nicht anzuraten, da wir uns im Entwicklungsstadium befinden. Im nächsten Jahre wird der Scheckverkehr gesetzlich zu regeln sein.

Abg. Dr. **Stresemann** (natl.): Wir verlangen, daß das Sparsamkeitsprinzip durchgeführt werde. Dabei muß der Grundsatz bestehen bleiben, daß die Post allein den Verkehr behauptet. Die Postverwaltung hat sich einen genügenden Beamtenzuwachs gesichert, und jetzt hat sie aber auch die moralische Verpflichtung, den Wünschen dieser Anwärter zu entsprechen. Die Organisationsbestrebungen der Beamten sind durchaus gerechtfertigt, so lange sie sich in gesetzlichem Rahmen bewegen. Eine gewisse Herabsetzung der Dienstzeit ist zu fordern, um die Berufsfreudigkeit zu erhalten. Die Urlaubsbestimmungen sind revisionsbedürftig. Die Besoldungsfrage kann nicht schon jetzt wieder aufgerührt werden; indessen kann durch Reformierung des Wohnungsgeldzuschußweises den Wünschen der Beamtenschaft entsprochen werden. Die Entwicklung des Verkehrs stellt fortgesetzt neue Probleme auf, und darin sollte die Postverwaltung mit allen Kreisen engste Fühlung halten. Die Fortschritte der Technik namentlich sollten benutzt werden. Von den Privatbeförderungsinstituten sollte die Post Schnelligkeit lernen. Die Postscheckämter gehören in die großen Handelsstädte. Die Staatsbetriebe sollen danach trachten, ihre Staatsaufgaben nicht zu vergessen. (Beifall bei den Nationalliberalen.)

Abg. Kunz (Ztr.): Die Teilung des Oberpostdirektionsbezirkes Düsseldorf ist angesichts seiner außerordentlichen Ausdehnung notwendig. Für die Forderung der Postassistenten, Oberassistentenstellungen als Beförderungsstellen anzusehen, sprechen Billigkeitsgründe. Die Abietzung einer größeren Zahl von höheren Stellen bedeutet eine schwere Enttäuschung und Benachteiligung für diese Kreise. Die Verhältnisse der Telegraphenarbeiter und -Handwerker bedürfen einer befriedigenden Lösung. Um eine Unterbrechung des telephonischen und telegraphischen Verkehrs durch elementare Gewalt zu verhindern, ist die Anlage von Kabeln, namentlich zum Westen, notwendig.

Staatssekretär **Kraetke**: Ich protestiere dagegen, wenn dem Staatssekretär des Reichsschatzamtes die Schuld beigemessen wird, daß der Ausbau der Telephonkabel nicht in den Etat aufgenommen worden ist. Es bestehen noch technische Schwierigkeiten, auf langen Strecken solche Kabel herzustellen. Wir hoffen, daß die Versuche zu günstigen Resultaten führen werden. Von unseren Beamten wird ein Heiratskonsens nicht verlangt. Dazu sind wir auch gar nicht berechtigt. Eine Erweiterung der Ausgabe von Markenheftchen wird nicht möglich sein. Eine weitere Teilung des Oberpostdirektionsbezirks Düsseldorf ist zurzeit nicht angängig. Daß ich den Beamtenorganisationen feindlich gegenüberstehe, trifft nicht zu. Ich bin nur immer Ausschreitungen entgegengetreten.

Darauf wird die Weiterberatung auf Donnerstag 1 Uhr vertagt.

Stadtverordneten-Versammlung.

Münster, 8. März.

Anwesend vom **Kollegium**: Kayser, Stadtverordneten-Vorsteher. Gaßmann, Stellvertreter des Vorstehers. Dr. Bäumer, Beckmann gnt. Hovestadt, Beisenkötter, Herm. Böckmann, Wilh. Böckmann, Camps, Clement, Cruse, Deckwitz, Dieckmann, Dortants, Dröge, Ebert, Eggert, Falger, Frieling, Hochherz, Holle, Hüffer, Humperdinck, Dr. Kahle, Dr. Kaßner, Kaufmann, Kirchhoff, Kluxen, Kruip, Dr. Linnebom, Löbige, Löfken, Nillies, Overdiek, Peus, Dr. Reiche, Schiller, Tumbrink, Warnecke, Wenking, Wischmann, Wiekötter gnt. Mertens, Dr. Wurst, Zarnitz.

Entschuldigt haben sich die Stadtv.: Meyring, Schulze Steinen, Breuer.

Anwesend vom **Magistrat**: Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt, Stadtkämmerer Dr. Sperlich.

Nachruf auf Bischof Hermann und Einladung des Domkapitels zum Begräbnis.

Vom Domkapitel liegt zunächst eine Einladung zur Beteiligung an der Beisetzung des verstorbenen Bischofs Hermann vor. Nach Verlesung der Einladung führt der Stadtverordneten-Vorsteher Kayser aus:

Im Anschlusse an die Mitteilung des Domkapitels und die Einladung zur Teilnahme an der Beisetzung lassen Sie uns auch unsere Teilnahme zum Ausdruck bringen. Während 21 Jahren hat der hochw. Herr Bischof als Oberhirt an der Spitze der Diözese Münster gestanden. Gerade hier im Mittelpunkt seiner Wirksamkeit tritt deutlich zutage, mit welchem Erfolge er zur Hebung des christlichen Lebens und zur Förderung sozialer und caritativer Bestrebungen gewirkt hat. Welcher Beliebtheit er sich erfreut hat, welche Verehrung und Achtung er allgemein, auch bei der nichtkatholischen Bevölkerung genossen hat, haben wir gesehen, als alle Kreise der Bevölkerung sich an den Feierlichkeiten seines goldenen Priesterjubiläums vor zwei Jahren beteiligt haben. Lassen Sie uns sein Andenken durch Erheben von den Sitzen ehren.

Es geschieht.

Interpellation Falger wegen der Hilfsschulen Münsters.

Stadtv. Falger: In der Nr. 159 des „Münsterischen Anzeigers" steht ein Bericht über eine Versammlung der Hilfsschulen in Bochum. In dieser Versammlung hat Herr Oberregierungsrat Heintzmann sich über die Stadt Münster in folgender Weise geäußert:

„Der von ihm am Vormittag gemachte Besuch der Hilfsklassen in Dortmund habe in ihm einen tiefen Eindruck bewirkt. Dort habe er Berufs- und Pflichttreue, Arbeit und himmlische Geduld kennen gelernt. Die Anwesenheit von Vertretern der Kommunen und Behörden zeige die Wichtigkeit der heutigen Versammlung. Münster komme als Lernender, er gedenke das für Münster zu verwerten, was er in Dortmund geschaut habe und heute in dieser Versammlung erfahre."

Ich richte nun an den Herrn Oberbürgermeister die Anfrage, ob Herr Oberregierungsrat Heintzmann im Auftrage der Stadt Münster nach Bochum gegangen ist und diese Erklärung abgegeben hat.

Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt: Selbstverständlich ist Oberregierungsrat Heintzmann nicht als Vertreter der Stadt Münster in Bochum gewesen, sondern als Vertreter der Königlichen Regierung. Ich glaube, die Worte beruhen ganz offenbar auf einem Mißverständnis seitens des Berichterstatters. Denn in der Art und Form ist es ganz unmöglich, daß Herr Heintzmann die als für Münster anwendbare Erklärung abgegeben hat.

Stadtv. Gaßmann: Als Mitglied der Schuldeputation bin ich mit dem Herrn Oberbürgermeister damit einverstanden, wenn er annimmt, daß der Berichterstatter die betreffenden Äußerungen des Herrn Oberegierungsrats Heintzmann nicht richtig wiedergegeben hat. Sollten aber die Worte tatsächlich gefallen sein, so müssen wir entschieden die Art und Weise, wie sich Herr Oberregierungsrat Heintzmann über die Stadt Münster geäußert hat, ablehnen. Wir können nicht anerkennen, daß Herr Heintzmann, berechtigt war, in dieser Weise über die Stadt Münster zu sprechen. (Bravo.)

Stadtv. Dr. Wurst kann nicht finden, daß in der kritisierten Äußerung etwas gegen die Lehrerschaft oder die Einrichtungen in Münster Abfälliges enthalten sei. Es sei doch nur lobenswert, wenn man anderswo etwas sehe, daß man des Erlernens für wert halte. Es könne vorkommen, daß, wenn Dortmunder nach hier kämen, auch diese das Gefühl hätten, daß sie etwas Praktisches und Lernenswertes sahen.

Stadtv. Falger: Wenn Herr Oberregierungsrat Heintzmann im Auftrage des Regierungspräsidenten diese Erklärung abgegeben hat und hat Bezug nehmen wollen auf den Regierungsbezirk Münster, dann lasse ich mir das gefallen. Es ist jedoch zu bemerken, daß wir in unserer Stadt nach unserem Bedürfnis die Hilfsschulen eingerichtet haben und sie so ausgestalten wollen, wie es unser Bedürfnis verlangt. Um es zu wiederholen: hat der Redner für den Regierungsbezirk die Erklärung abgegeben, dann kann der Vorwurf gegen ihn fallen.

Stadtv. Gaßmann schließt sich dieser Auffassung an.

Stadtv. Prof. Reiche ist der Ansicht, es wäre bei dem Verhältnis, in welchem die Stadt Münster zu der Regierung stehe, vielleicht angebracht gewesen, wenn Herr Falger oder auf seine Veranlassung hin, der Oberbürgermeister zunächst mit Oberregierungsrat Heintzmann Rücksprache genommen habe um zu hören, wie die fraglichen Worte zu verstehen seien. Er sei fest davon überzeugt, daß der Redner nichts gegen die Stadt Münster habe sagen wollen; es dürfe ein Irrtum im Bericht vorliegen.

Damit schließt die Besprechung.

Der Rosenmontagszug.

Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt: Ich darf Ihr Augenmerk wohl noch für eine freundliche Mitteilung in Anspruch nehmen. Der Verein der Karnevalsfreunde hat mir heute morgen, in ähnlicher Weise wie in den Vorjahren, 552,63 Mk. übergeben lassen, als Erlös der Spenden, die dem „Bettelwagen" des Karnevalszuges für die Stadtarmen zuflossen. (Bravo.) Ich glaube, wie ich auch aus ihrem Beifall höre, daß ich im Sinne der ganzen Bürgerschaft spreche, wenn ich den ungenannten Gebern dieser schönen Spende meinen verbindlichsten Dank abstatte. (Bravo.) Im vorigen Jahre wurde mir ein Betrag in ähnlicher Höhe zur Verfügung gestellt. Ich habe geglaubt, etwas ganz Gutes mit dem Gelde zu tun, wenn ich besonders bedürftigen Familien, Witwen usw. zu Weihnachten eine Spende daraus geben könne. Ich kann sagen — auch dem Sekretär der Armenkommission ist es so ergangen — daß ich eine seltene Freude erlebt habe, als wir einer ganzen Menge Familien zu Weihnachten ganz unvermutet ein Geldgeschenk reichen konnten. Zu diesem — und ähnlichem — Zwecke mögen auch die künftigen Spenden verwendet werden. Ich glaube, daß das Fastnachtskomitee damit einverstanden ist. Ich gestatte mir, den Veranstaltern des Rosenmontagszuges — dem Verein der Karnevalsfreunde samt seinem Vorstande — und allen daran Beteiligten unsern herzlichsten Dank auszusprechen für die schöne und wohlgelungene Veranstaltung. Meine Herren! Wir sind vielleicht nicht in der Lage, so wie Großstädte einen hochglänzenden und kostbaren Zug zu arrangieren. Aber ich glaube, wir alle sind eines Sinnes, daß unser Zug schön war und glücklich gelungen ist, und was besonders hervorzuheben ist: Er ist in absolut dezenter und vornehmer Weise verlaufen. Dabei doch etwas recht Gutes und Schönes zu schaffen, darin wollen wir uns von keiner anderen Stadt übertreffen lassen. Ich weiß ja, daß nicht alle uns zubilligen, daß wir recht tun, wenn wir in der heutigen Zeit für einen Rosenmontagszug noch Geld übrig haben. Es gibt in unserer sozialen Zeit Leute, die solches, wie einen Karnevalszug, ganz vergessen und meinen, für alle derartigen Dinge dürfe eine Stadt kein Geld mehr geben. Ich freilich stehe auf einem ganz andern Standpunkt, und ich glaube, die Herren im Kollegium auch. Ist es doch besser, daß wir durch die Unterstützung auch derartiger Veranstaltungen einerseits diese heben, andererseits dadurch Verdienst und Arbeit in der Stadt schaffen — wie in diesem Jahre so reichlich geschehen ist, als wenn wir uns einzig und allein auf das bloße Wohltun beschränkten. Ich glaube, daß es im Interesse der Allgemeinheit und unserer Armen geschehen ist und daß wir wohl daran getan haben. Nochmals allen Teilnehmern an dem Rosenmontagszug herzlichsten Dank! (Bravo.)

Stadtv. Löfken spricht als Vorsitzender des Vereins der Karnevalsfreunde allen, die dem Zuge Unterstützung zuteil werden ließen, den Dank des Vereins aus. Es freue den Verein, daß auch der Magistrat von der Veranstaltung befriedigt sei. Der Rosenmontagszug werde nicht allein aus Liebe zu Spiel und Tand unternommen, sondern auch im Interesse der Stadt Münster. Tausende und Abertausende Fremde seien am Rosenmontag hier gewesen und hätten die Wirtschaften und Hotels bevölkert. Redner fuhr fort: Wir haben sehr bedauert, daß die Eisenbahnverwaltung keine genügende Vorsorge getroffen hatte, um alle Fremden zur Stadt zu bringen. In Greven und Emsdetten sind viele Reiselustige gewesen, die aber nicht alle in den Extrazügen Platz nehmen konnten. Wir haben solches sofort an die Eisenbahnverwaltung berichtet und hoffen, daß im nächsten Jahre noch reichlicher Gelegenheit geschaffen wird. Extrazüge nach Münster zu leiten. Wir hoffen auch, daß wieder alle helfen werden, einen so schönen Zug fertigzustellen, wie in diesem Jahre.

Revision der Jahresrechnung der städtischen Betriebsverwaltung für 1909.

Städtisches Gaswerk. a) Einnahmen. Titel I (Aus Vorjahren: 1. Betriebsfonds 100 000 Mk.; 2. Erneuerungsfonds 160 677,27 Mk.; 3. Unterstützungsfonds 60 581,34 Mk.; 4. Einnahme aus Vorjahren 128 350,70 Mk. Summe Titel I 449 609,31 Mk. Titel II (Ordentliche Einnahmen): 1. Für Gas 685 407,34 Mk.; 2. für Koks 186 360,42 Mk.; 3. für Teer 18 212,05 Mk.; 4. für Ammoniakwasser 29 638,46 Mk.; 5. von der Kämmereikasse, Erstattung der Kosten des zur Speisung der Petroleum-Laternen erforderlichen Materials: Hierzu ist zu bemerken, daß die Erstattung fort fällt, da vom 1. 4. 1908 ab das Gaswerk die Kosten der öffentlichen Beleuchtung auf eigene Rechnung übernommen hat; 6. für abgängige Materialien 4 914,35 Mk.; 7. vom Grundeigentum 1350 Mk.; 8. Gasmessermiete 50 949,90 Mk.; 9. Gaskocher 2 169,35 Mk.; 10. Aus Installationen und Magazingegenständen 204 514,78 Mk.; 11. Verwaltungskostenbeitrag des Wasserwerkes 9300 Mk.; 12. Verwaltungskostenbeitrag des Elektrizitätswerkes 6500 Mk.; 13. Verwaltungskostenbeitrag der Straßenbahn 3250 Mk.; 14. Zuschuß der Kämmereikasse zum Gehalt des Betriebstechnikers (Oberfeuerwehrmann) und zu den Löhnen der Werkstattarbeiter (Feuerwehrleute) 5000 Mk.; 15. Einnahme durch das Gespann 3012,46 Mk.; 16. Sonstige Einnahmen 2037,99 Mk. Summe Titel II 1 212 617,10 Mk. Hierzu Summe Titel I 449 609,31 Mk. Summe der Einnahmen 1 662 226,41 Mk. b) Ausgaben. Titel I (Aus Vorjahren): 1. Betriebsfonds (in das Jahr 1910 zu übernehmen) 100 000 Mk.; 2. Erneuerungsfonds (in das Jahr 1910 zu übernehmen) 160 677,27 Mk.; 3. Unterstützungsfonds 60 581,34 Mk.; 4. Ausgabe aus Vorjahren 127 784,46 Mk. Summe Titel I 449 043,07 Mk. Ordentliche Ausgaben. Titel II (Verwaltungskosten) 96 131,95 Mk.; Titel III (Technischer Betrieb) 701 401,47 Mk.; Titel IV (Lasten und Abschreibungen) 101 651,62 Mk.; Titel V (Verschiedenes) 193 000 Mk. Summe der Ausgaben 1 541 228,11 Mk. Abschluß: Einnahmen 1 662 226,41 Mk.; Ausgaben 1 541 228,11 Mk. Bestand somit 120 998,30 Mk.

Elektrizitätswerk. a) Einnahmen. Titel I (Aus Vorjahren): 1. Betriebsfonds —; 2. Erneuerungsfonds 254 409,16 Mk.; 3. Einnahmen aus Vorjahren 40 604,31 Mk. Summe Titel I 295 013,47 Mk. Titel II (Ordentliche Einnahmen): 588 406,80 Mk. (darunter die Einnahmen aus der Stromabgabe mit 539 808,63 Mk. Hierzu Titel I 295 013,47 Mk. Summe der Einnahme 883 420,27 Mk. b) Ausgaben. Titel I (Aus Vorjahren): 1. Betriebsfonds —; 2. Erneuerungsfonds 254 409,16 Mk.; 3. Ausgabe aus Vorjahren 42 164,69 Mk. Summe Titel I 296 573,85 Mk. Ordentliche Ausgaben (Titel II) Verwaltungskosten 53 608,88 Mk.; Titel III (Technischer Betrieb) 178 757,48 Mk.; Titel IV (Lasten und Abschreibungen) 201 458,68 Mk.; Titel V (Verschiedenes) 58 000 Mk. Summe der Ausgaben 788 393,89 Mk. Abschluß: Einnahmen 883 420,27 Mk.; Ausgaben 788 393,89 Mk. Bestand somit 95 026,38 Mk.

Städtisches Wasserwerk. a) Einnahmen. Titel I (Aus Vorjahren): 1. Betriebsfonds 20 000 M., 2. Erneuerungsfonds 232 899,40 Mk.; 3. Einnahmen aus Vorjahren 18 060,36 Mk. Summe Titel I 270 959,76 Mk. Titel II (Ordentliche Einnahmen) 430 236,60 M., (darunter Wassergeld mit 401 086,37 Mk. Hierzu Titel I 270 959,76 Mk. Summe der Einnahmen 701 196,36 Mk. b) Ausgaben. Titel I (Aus Vorjahren): 1. Betriebsfonds (für 1910 zu übernehmen) 20 000 Mk.; 2. Erneuerungsfonds 232 899,40 Mk.; 3. Ausgabe aus Vorjahren 17 995,90 Mk. Summe Titel I 270 895,30 Mk. Titel II (Verwaltungskosten) 29 966,83 Mk.; Titel III (Technischer Betrieb) 128 190,47 Mk.; Titel IV (Lasten und Abschreibungen) 151 166,78 Mk.; Titel V (Verschiedenes) 114 863 Mk. Summe der Ausgaben 695 082,38 Mk. Abschluß: Einnahmen 701 196,36 Mk.; Ausgaben 695 082,38 Mk. Bestand somit 6113,98 Mk.

Straßenbahnen. a) Einnahmen. Titel I (Aus Vorjahren): 1. Erneuerungsfonds 227 228,73 Mk.; 2. Unterstützungsfonds 134,62 Mk. Summe Titel I 227 363,35 Mk. Titel II (Ordentliche Einnahmen) 339 791,10 Mk. (darunter Fahrgeldeinnahme mit 328 332,90 Mk.). Summe der Einnahmen 567 154,45 Mk. b) Ausgaben. Titel I (Aus Vorjahren): 1. Erneuerungsfonds (für 1940 zu übernehmen) 227 228,73 Mk.; 2. Unterstützungsfonds 134,62 Mk. Summe Titel I 227 363,35 Mk. Titel II (Ordentliche Ausgaben) Verwaltungskosten 18 452,81 Mk., Titel III Betrieb) 187 696,76 Mk.; Titel IV (Lasten und Abschreibungen) 81 505,13 Mk.; Titel V (Verschiedenes) 44 180 Mk. Summe der Ausgaben 559 198,05 Mk. Abschluß: Einnahmen 567 154,45 Mk.; Ausgaben 559 198,05 Mk. Bestand somit 7956,40 Mk.

Die Rechnung wird angenommen.

Erlaß des Herrn Oberpräsidenten bezüglich der Gültigkeitsdauer der Schankkonzessionssteuerordnung vom 3. Juli 1907.

Die Schankkonzessionssteuerordnung vom 3. Juli 1907 hat unter dem 10. Dezember 1907 die Zustimmung des Oberpräsidenten auf die Dauer von 3 Jahren gefunden unter dem Vorbehalte, die zeitliche Beschränkung vor Ablauf der Frist zurückzuziehen.

Die Steuerordnung ist am 6. März 1908 veröffentlicht worden und damit in Kraft getreten.

Der Oberpräsident hat unter dem 10. Febr., die unter dem 10. Dezember 1907 ausgesprochene Zeitbeschränkung zu der Schankkonzessionssteuerordnung zurückgezogen. Die Steuerordnung bleibt also weiter in Geltung.

Der Vorlage wird debattelos zugestimmt.

Antrag Philipp Hellmann betr. Erlangung der Bauerlaubnis.

Stadtv. Holle hat in der vorigen Sitzung die Eingabe des Herrn Hellmann zu seinem Antrage gemacht und begründet heute das Gesuch, das vom Magistrat abschläglich beschieden worden ist. Redner bittet den Magistrat, das Gesuch eventuell noch mal wohlwollend zu prüfen und bittet ferner den Herrn Oberbürgermeister um eine prinzipielle Erklärung, wie sich die Baupolizei zu derartigen Gesuchen stelle, da viele kleine Leute, die sich in ähnlicher Lage befänden, wie Herr Hellmann, ein Interesse an einer derartigen Erklärung hätten.

Stadtv. Kirchhoff schließt sich den Ausführungen des Vorredners an und wünscht eine allgemeine Revision der Baupolizeiordnung recht bald vorzunehmen. Zur Begründung führt Redner einen Fall an, der eine außerordentliche Härte bedeutet haben würde, wenn nicht durch Entgegenkommen der Baupolizei in letzter Stunde eine andere Lösung der Frage möglich gewesen wäre.

Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt führt aus: Die moderne Richtung im Städtebau geht dahin, daß man aus sozialen und hygienischen Gründen Verbesserungen im Wohnungsbau vornimmt und dort, wo der Grund und Boden noch nicht zu hohe Bewertung erfahren hat, möglichst frei und niedrig baut. Das ist allgemein so und entspricht den berechtigten Forderungen, die seit Jahren von den berufenen Vereinen erhoben werden. Die Bau-Polizei-Ordnung müßte als rückständig und veraltet angesehen werden, welche diesen Bestrebungen nicht Rechnung tragen würde. Unsere Bau-Polizei-Ordnung von 1895 trägt diesen Forderungen Rechnung, wenn auch nur in bescheidenem Sinne. Daß wir eventuell berechtigten Klagen über ungewollte Härten zugänglich sind, hat der Vorredner selbst anerkannt, als er den Fall, der mir im Augenblick selbst nicht genau in der Erinnerung ist, darlegte. Andererseits kann und darf aber unser Entgegenkommen und Bestreben, den Kleinwohnungsbau zu fördern, nicht so weit gehen, daß wir einen Bau da draußen irgendwo, wo noch kein Bebauungsplan festgelegt ist, ohne weiteres gestatten. Ich erinnere Sie an die bis 1875 im ehemaligen Amte Mauritz leider in Geltung gewesene Praxis, jede Bebauung, wo sie auch gedacht war, zuzulassen. An dieser wilden Bebauung, auf die wir an allen Ecken und Kanten stoßen, kranken wir heute noch und wieviel Tausende wir schon haben aufwenden müssen, um diese Verhältnisse zu sanieren, kann ich heute nicht sagen. In solch wilde Bebauungsweise ist später kein Grund zu erhalten. Wenn die Kosten des Ausbaues einer Straße sicher gestellt werden, so erteilen wir gern die Bauerlaubnis. Aber es genügt nicht, wenn die Kosten nur für ein Grundstück an der projektierten Straße sicher gestellt werden. Würden wir einem Anlieger unter solchen Umständen die Bauerlaubnis erteilen, so kommen bald weitere Baulustige und es ersteht dann eine Reihe Häuser, ehe die Straße ausgebaut ist. Dann kommen bald die Übelstände, die sich aus dem Fehlen der Beleuchtung und Kanalisation ergeben und wir riskieren eventuell, daß wir auf Beschwerden der Anlieger — der Erbauer des Hauses hat dieses vielleicht schon längst verkauft — von der Regierung gezwungen zu werden, die Straße auszubauen. Ähnlich so hat es uns ergangen bei der Achtermannstraße, wo wir auch vertrauensselig zu früh die Anbaugenehmigung erteilt hatten und später auf Beschwerden der Anlieger die teuere Kanalisation bauen mußten. Um solchen Vorfällen vorzubeugen, müssen wir streng daran festhalten, daß uns die Grundstücke, wenigstens für das äußere Bild der Straße, frei an die Hand gegeben und die Kosten des Ausbaues sicher gestellt werden. In solchen Fällen könnte eventuell eine Bauerlaubnis vor Fertigstellung der Straße erteilt werden. In dem zur Beratung stehenden Falle liegt der Fall übrigens so, daß der Gesuchsteller das betreffende Grundstück noch gar nicht besitzt, sondern es erst erwerben will. Hinter ihm steht also der Grundstücksbesitzer mit seinen Interessen. Im übrigen kann ich dem Herrn Holle versichern, daß wir jetzt gerade an der in Betracht kommenden Stelle versuchen werden, eine Einigung der Anlieger zustande zu bringen. Es ist schon längst gerade an dieser Stelle, dem Koburger Eck das Prinzip des Kleinwohnungswesens einer praktischen Lösung entgegenzuführen, allerdings unter den üblichen Voraussetzungen. Hoffentlich finden diese unsere Bestrebungen bei den Grundstücksbesitzern das nötige Verständnis und Entgegenkommen.

Mit dieser Erklärung gab sich Herr Holle als Antragsteller zufrieden; womit der Punkt verlassen wurde.

Bewilligung eines Betrages für die Errichtung eines Güterbahnhofes in Sprakel.

Das Amt Greven richtet an den Magistrat der Stadt Münster unter dem 28. Januar d. Js. folgendes Schreiben:

„Es ist neuerdings wieder die Einrichtung des Bahnhofes Sprakel für den allgemeinen Güterverkehr angeregt worden. Die Königl. Eisenbahndirektion Münster hat sich bereit erklärt, den Bahnhof Sprakel für den Güterverkehr einzurichten, wenn die Gemeinden Greven und Münster einen Beitrag von 2 800 000 Mk. bewilligen. Die Gemeinde Greven ist bereit, den auf ihre Grundbesitzer entfallenden Beitrag zu übernehmen, wenn die Stadt Münster sich entschließt, den auf ihre Grundbesitzer entfallenden Betrag zu übernehmen. Die Entschädigungsfrage ist noch nicht geregelt. Der Amtsrat hat sich in seiner Sitzung vom 24. Juli 1909 dahin ausgesprochen, daß er der Ansicht sei, daß die Entschädigungsfrage nicht vor Fertigstellung der Straße geregelt werden könne. Der Magistrat hat sich in seiner Sitzung vom 27

...ben. Die Königl. Eisenbahndirektion ist bereit, dem Minister der öffentlichen Arbeiten Vortrag zu halten, wenn die Beteiligten zu den auf 38 170 Mk. veranschlagten Baukosten einen höheren Beitrag von 10 000 Mk. leisten und den erforderlichen Grund und Boden unentgeltlich hergeben. Den Grund und Boden will die Firma Gebr. Hanjes in Hiltrup unentgeltlich dem Eisenbahnfiskus überweisen, an dem baren Betrag fehlen aber noch 2000 Mk. Da die Stadt Münster schon wegen ihres unweit der Haltestelle gelegenen Grundbesitzes an der Errichtung einer Güterladestelle Interesse haben wird, bittet das Amt Greven, einen entsprechenden Betrag beizusteuern."

Der Magistrat bemerkt hierzu: Mit Rücksicht auf den in nächster Nähe des Bahnhofes gelegenen ausgedehnten städtischen Rieselfeldbesitz haben wir an der Errichtung eines Güterbahnhofes ein nicht unwesentliches Interesse, da hierdurch die Bewirtschaftung der verpachteten Ländereien erleichtert und für die landwirtschaftlichen Produkte eine bequemere Absatzmöglichkeit geschaffen wird. Wir haben daher beschlossen, für den Fall der Einrichtung eines Güterbahnhofes in Sprakel 1000 Mk. zur Verfügung zu stellen; die auf das Konto „Anlage der Rieselfelder" übernommen werden könnten.

Stadtv. Deckwitz bittet um Annahme der Vorlage. Bisher habe man durch Entgegenkommen, allerdings unter Bezahlung besonderer Mittel, den Bahnhof Kinderhaus benutzt.

Die Stadtv. Gaßmann und Beckmann gut. Hovestadt sprechen sich für die Vorlage aus.

Stadtv. Prof. Dr. Kahle fragt bei dieser Gelegenheit an, wie weit es mit der Gesamt-Abrechnung über die Rieselfelder sei.

Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt gibt zu, daß die Abrechnung eigentlich längst habe vorgelegt werden müssen. Sie teile aber das Schicksal so mancher anderen Vorlagen, die auch unter der Anhäufung von Arbeit hätten liegen bleiben müssen. Die Rieselfelderkommission habe aber in ihrer letzten Sitzung beschlossen, die Rechnung jetzt bald vorzulegen, das solle geschehen. Er könne übrigens mitteilen, daß die Gesamtsumme, wie sie bis jetzt festgestellt sei, sich auf 2 419 000 Mk. belaufe. Die Anleihe für die Rieselfelder sei s. Zt. auf 2 800 000 Mk. bemessen. Den Rest habe man nötig für ergänzende Grundstücksankäufe. Übrigens seien auch jetzt am Samstag erst vom Ober-Landes-Gericht einige der schwebenden Entschädigungsprozesse entschieden. Die Urteilsverkündigung stehe noch aus. Es sei ein Kreuz, daß die Rechtsprechung in solchen Fällen so ungeheuer langsam erfolge. Diese Verzögerung sei natürlich auch nicht ohne Einfluß auf die Abrechnung, die aber jetzt in nächster Zeit vorgelegt werden solle.

Der Vorlage wird sodann zugestimmt.

Änderung der Fassung des Vertrages mit der Staatsunterrichtsverwaltung bezüglich der geplanten Neubauten an der hiesigen Universität.

Unter dem 21. Dezember v. Js. hat die Versammlung den Vorschlägen des Magistrates betreffend die Fassung des Vertrages mit der Staatsunterrichtsverwaltung bezüglich der geplanten Neubauten an der Universität Münster zugestimmt. Durch diesen Beschluß hatte die Versammlung mit der stadtlicherseits beantragten Streichung des mit „so daß" beginnenden zweiten Teiles der Nr. II des Vertragsentwurfes sich nicht einverstanden erklärt. Nunmehr hat die Unterrichtsverwaltung das Bestehenbleiben des fraglichen, auf Veranlassung der Versammlung s. Zt. eingefügten Satzes gutgeheißen, wenn vor den beiden letzten Worten: „. . . . . einzutreten hat" noch die Worte: „nach Maßgabe des Abkommens vom 24. Juli 1905" hinzugesetzt werden. Gegen diesen Zusatz ist, da er der Vertragsabsicht entspricht, nichts einzuwenden. Der Magistrat bittet daher, den Zusatz zu genehmigen.

Auf der anderen Seite hat der Magistrat bei den zwischenzeitlichen Verhandlungen in Nr. I des Vertragsentwurfes noch zwei Zusätze erreicht, durch welche in dem Vertrage zum Ausdruck gebracht wird, daß für die geplanten Bauten im wesentlichen die vorgelegten Pläne mit dem auf rund 800 000 Mk. berechneten Kostenanschlage maßgebend sein müssen, ohne daß eine Einschränkung der Bauten stattfinden darf, und daß die Stadt Münster einschließlich des Wertes der abzutretenden 100 Quadratruten insgesamt eine Vergleichsleistung von 200 000 Mk. übernimmt. Der erstere Zusatz dient dazu, den Umfang der Bauverpflichtungen des Fiskus möglichst genau festzulegen und der letztere Zusatz ist wünschenswert, um auch im Vertrage selbst zahlenmäßig zum Ausdruck zu bringen, welch' hohe Gesamtsumme die Stadt Münster nunmehr wieder für die Universität aufwendet.

Der Magistrat bittet, auch mit diesen im städtischen Interesse gemachten Zusätzen sich einverstanden zu erklären und den vorgelegten Vertrag in der nunmehr endgültig vereinbarten Fassung zu genehmigen.

Stadtv. Peus: Die Vorlage hätte uns im Umdruck zugestellt werden müssen. Wir haben uns schon früher durch Verträge zu was verpflichtet, was wir später zu unsern Ungunsten ausgelegt sahen. Ich für meine Person kann die Tragweite der vorgeschlagenen Abänderungen nicht übersehen und muß mich der Abstimmung enthalten, wenn keine zweite Lesung anberaumt wird.

Stadtv.-Vorsteher Kayser führt aus, daß er davon Abstand genommen habe die umfangreiche Vorlage den Stadtverordneten einzeln zuzustellen, da sie inhaltlich sehr unwesentlich sei. Der ursprüngliche Wortlaut sei ja bekannt, die Abänderungen lägen lediglich im Interesse der Stadt.

Stadtv. Prof. Dr. Kaßner bittet, der Vorlage ohne Vertagung zur zweiten Lesung zuzustimmen.

Oberbürgermeister Dr. Jungeblodt äußert sich in gleichem Sinne und verweist darauf, daß die Änderungen von der Rechnungkommission und namentlich dem Stadtv. Dr. Wurst, dem Verfasser der ersten prägnanten Ausarbeitung eingehend geprüft und zur Annahme empfohlen seien. Redner erläutert im übrigen die vorgeschlagenen Abänderungen, die in ihrer Hauptsache darauf hinzielten, die Staatsregierung darauf festzulegen, daß alles gebaut werde, was im Vertrag vorgesehen sei.

Stadtv. Humperdinck: Ich hatte auch das Empfinden, daß es besser gewesen sei, die Vorlage den Stadtverordneten einzeln zuzustellen. Ich kann aber bestätigen, daß die Ergänzungen lediglich zu unseren Gunsten gemacht sind.

Die Vorlage wird sodann angenommen.

Verkauf eines Grundstückes an der Ecke der Altum- und Grevenerstraße.

Der Magistrat überreicht der Versammlung einen mit dem Bauunternehmer Fritz Figge zu Münster abgeschlossenen Kaufvertrag betr. das an der Ecke der Altum- und Grevenerstraße gelegene Grundstück, welches mit ca. 67 Ar zum Kämmereivermögen, mit den westlichen ca. 88 Ar zum Vermögen des Armenfonds gehörte. Der Kaufpreis, welcher demnach teils zum Kämmereivermögen, teils zum Armenfonds fließt, beträgt 320 Mk. für die Quadratrute. Er ist angemessen, namentlich wenn man berücksichtigt, daß die Straßenbaukosten für 2 Straßen zu zahlen sind. Im übrigen entsprechen die Vertragsbedingungen den sonst üblichen, insbesondere ist für eine baldige und würdige Bebauung Sorge getragen.

Dem Verkauf wird debattelos zugestimmt.

Anträge des Sparkassenkuratoriums.

Die stete Zunahme des Einlagenbestandes und damit des gesamten Geschäftsverkehrs der Sparkasse verlangt neben der Vereinfachung und Beschleunigung der Abfertigung immer dringender eine Verschärfung der für die Sicherung des Betriebes und für die Prüfung der Richtigkeit der Buchungen bestimmte Kontrollen. Die Unzulänglichkeit der früher durchaus hinreichenden Kontrollen hat sich mit zunehmendem Geschäftsumfange bei allen größeren Kassen gezeigt, so daß sie nach und nach sämtlich zur Einführung schärferer Kontrollen übergehen. Von den dabei hauptsächlich angewandten Kontrollsystemen weist das System der „Gegenkonten" oder „doppelten" Konten besondere Vorzüge auf. Die Führung doppelter Konten macht es möglich, daß vorgekommene Buchungs- und Rechenfehler, die bei der Hast der Abfertigung unvermeidlich sind, spätestens am nächsten Tage entdeckt und unter Heranziehung der Kassenbücher und des zweiten Kontos berichtigt werden können. Zudem gibt die Einrichtung, daß die Gegenkonten von einem zweiten, den Nachrechner ersetzenden Beamten selbständig bearbeitet werden, die sicherste Gewähr für die Richtigkeit der Zinsberechnung. Endlich können verloren gegangene oder zur Verdeckung von Unredlichkeiten beseitigte Betriebskonten aus den Gegenkonten leicht ersetzt werden. Eine zuverlässigere Kontrolle, als sie in dieser Weise mit Hilfe der Gegenkonten erreicht wird, dürfte nicht leicht gefunden werden. Dieses System ist deshalb auch von zahlreichen großen Sparkassen, so unter anderen von den Sparkassen in Elberfeld, Dortmund, Duisburg, Düsseldorf und Cöln eingeführt und nach längerem Betriebe als bestes der jetzt bekannten Systeme anerkannt worden. Für unsere Kasse besitzt es den weiteren großen Vorzug, daß es die Durchführung gewisser Vereinfachungen im Abfertigungsverkehr gestattet und seine Einführung deshalb zu seiner Beschleunigung beitragen wird. Um den Zweck der Sicherung ganz zu erreichen, ist es jedoch notwendig, die Gegenkonten in einem von dem Abfertigungsraume der Kasse getrennten Raume unterzubringen und ihre Führung Beamten zu übertragen, die an der Bearbeitung der Betriebskonten nicht beteiligt sind. Das Kontrollbureau soll deshalb, zumal der Raum im Erdgeschosse des Sparkassengebäudes nicht ausreicht, in das jetzt an Herrn Ostmann vermietete erste Stockwerk des Sparkassengebäudes gelegt werden, von dessen Geschäftsräumen ein nach der Clemensstraße hin gelegener Teil von rund 62 Quadratmeter Fläche abgetrennt und für die Zwecke der Sparkasse verwendet werden soll. Die Einführung der Gegenkonten erfordert: I. an einmaligen Ausgaben: 1. für die Beschaffung von etwa 35 000 Stück Gegenkontenkarten 700 Mk., 2. für deren Anlegung 1000 Mk., 3. für etwa zu beschaffende Möbel 600 Mk., 4. für eine Additionsmaschine 3050 Mk., 5. für bauliche Veränderungen im ersten Stockwerk nach dem Kostenanschlage: Teilbetrag, da noch ein weiterer Raum für die Sparkasse gewonnen wird (vergl. den besonderen Antrag wegen baulicher Veränderungen im Kassenraum) 350 Mk., insgesamt 5700 Mk. II. an dauernden Ausgaben: 1. Mietsausfall, bisher von Ostmann gezahlt, Teilbetrag (vgl. oben I,5) 750 Mk., 2. sonstige sächliche Kosten 400 Mk., 3. Vergütung für einen Assistenten und einen Lehrling 3000 Mk., insgesamt 4150 Mk. Die Kosten sollen aus Betriebsmitteln der Sparkasse entnommen und unter Geschäftsunkosten verrechnet werden. Sie rechtfertigen sich dadurch, daß durch die Einführung der doppelten Konten alles getan ist, was zur Sicherheit des Betriebes, zur Erlangung einer völlig auf der Höhe stehenden Buch- und Kassenführung und zur Ermöglichung einer beschleunigten Abfertigung der Einleger erforderlich ist. Der Magistrat bittet, die Aufwendung von 5700 Mk. für einmalige und jährlich 4150 Mk. für dauernde Ausgaben aus Betriebsmitteln der Sparkasse zwecks Einführung der doppelten Konten zu genehmigen.

Infolge des stetig wachsenden Geschäftsverkehrs der Kasse hält es der Magistrat, um eine rasche und für die Beteiligten möglichst bequeme Abfertigung zu erzielen, für dringend notwendig, den für das Publikum bestimmten Raum zu vergrößern. Auch ist beabsichtigt, in dem abgeteilten Raume vor dem hinteren Tresor drei einfache Zellen zu errichten, die mit einem kleinen Tische, einem Sitze, elektrischer Beleuchtung und Schreibgerät ausgestattet, den Mietern von Stahlfächern zur ruhigen und unbeobachteten Erledigung kleiner Arbeiten in den in den Stahlfächern verwahrten Papieren zur Verfügung gestellt werden sollen. Ihre Anschaffung ist ein dringendes Bedürfnis, um die Stahlkammereinrichtung den Wünschen der Benutzer entsprechend zu vervollständigen. Von dem von Herrn Ostmann zurückgenommenen Raum im ersten Stockwerk wird durch die Einrichtung des Kontrollbüros nur ein Teil — ein Zimmer — in Anspruch genommen. Deshalb ist in dem die Einführung der doppelten Konten betreffenden Antrag nur die Hälfte der dafür aufzuwendenden Kosten in Ansatz gebracht. Die zweite Hälfte der Ausgaben ist, als für allgemeine Zwecke der Sparkasse aufgewendet, hier zu begründen. Ein dringender Verwendungszweck für das Zimmer ist zurzeit nicht vorhanden. Es soll deshalb für die Sitzungen des Kuratoriums bereitgestellt werden, damit das jetzige Sitzungszimmer dem Rendanten zu Besprechungen mit dem Publikum zur Verfügung gestellt und nebenbei dazu benutzt werden kann, die jetzt in dem Abfertigungsraum stehenden Formularschränke unterzubringen. Die einmaligen Kosten stellen sich nach dem Kostenanschlage auf 1900 Mk. Dazu kommen die anteiligen Kosten für die baulichen Änderungen im ersten Stockwerke mit 350 Mk. und an dauernden Kosten der Anteil an dem Mietsausfall für den Raum im ersten Stockwerk mit 750 Mk. Sie sollen aus Betriebsmitteln der Sparkasse gedeckt und unter Geschäftsunkosten verrechnet werden. Ihre Aufwendung ist gerechtfertigt, da sich durch sie eine wesentliche Verbesserung der Betriebsräume und -Einrichtungen erreichen läßt. Der Magistrat bittet, die Aufwendung von 2250 Mk. an einmaligen Ausgaben für bauliche Veränderungen in dem Sparkassengebäude aus Betriebsmitteln und den anteiligen Mietsnachlaß für Herrn Ostmann mit 750 Mk. jährlich zu genehmigen.

Bei der Sparkasse hat sich infolge des ständig steigenden Geschäftsverkehrs immer dringender das Bedürnis gezeigt, für die zahlreichen Botengänge einen eigenen Boten stets zur Verfügung zu haben. Der Magistrat bittet, die Anstellung des Boten und die Aufwendung der dafür nötigen Kosten als Geschäftsunkosten der Sparkasse in Höhe des den Boten der allgemeinen Verwaltung gezahlten Gehalts zu genehmigen.

Stadtv. Dortants bittet um Annahme der Vorlage, die den Verkehr erleichtern und das Kontrollsystem, das an sich jetzt schon gut sei, bedeutend verbessere.

Stadtv. Deckwitz wünscht eine Übersicht über die Entwickelung der Sparkasse (Zuruf: Geschieht in jedem Jahresbericht!) und bittet um Auskunft, inwiefern eine Erleichterung und Beschleunigung des Verkehrs durch die Einrichtung erzielt werde.

Stadtkämmerer Dr. Sperlich erläutert den Sinn der Einrichtung kurz und berechnet den Zeitgewinn, der sich aus dem Fortfall der Zinsengutschreibung während der Abfertigung ergebe, für jeden Kunden auf 25 bis 30 Sekunden. Bei der Menge der Abzufertigenden bedeute das eine wesentliche Zeitersparnis im ganzen und für jeden einzelnen, da das lange Warten nicht auf Abwickelung des Abfertigungsgeschäfts an sich, sondern auf den Andrang zurückzuführen sei.

Der Vorlage wird sodann zugestimmt.

Schluß der öffentlichen Sitzung kurz nach 7 Uhr.

Es folgt eine geheime Sitzung.

Aus den Provinzen.

Kirchliches. Auch im gegenwärtigen Jahre ist für die in der Diözese Münster wohnenden fremdsprachigen Arbeiter und deren Familien die österliche Zeit dahin erweitert, daß dieselbe bereits mit dem Sonntag Septuagesima beginnt und bis zum Dreifaltigkeitssonntag einschließlich dauert. — Von dem Ertrage des diesjährigen Fastenalmosens darf in denjenigen Pfarren, in denen hierzu ein Bedürfnis besteht, für verschämte Arme und zur Bekleidung armer Schulkinder, nämlich Erstkommunikanten, ein Drittel durch die Pfarrer verwendet werden. Die beiden anderen Dritteile des Ertrages (bzw. dort, wo das erwähnte Bedürfnis nicht vorliegt, der ganze Ertrag) sollen zur Heranbildung von Geistlichen in den Diözesan-Anstalten und zu andern Diözesanzwecken zur Verwendung kommen. Nach der ausdrücklichen Bestimmung der Fastenverordnung ist ein jeder gehalten, sein Fastenalmosen in eine der in den Kirchen angebrachten Büchsen niederzulegen, damit dasselbe nach der vom hochwürdigsten Herrn Bischofe zu treffenden Bestimmung zur Verwendung gelange.

Düsseldorf, 8. März. (Drahtb.) Der Rheinische Provinziallandtag sprach sich heute dafür aus, daß der Gemeinde Hamborn, der größten Landgemeinde Preußens, die Städteordnung verliehen und daß die Gemeinde Bohwinkel in die Stadt Elberfeld eingemeindet werde. Wie der Berichterstatter Oberbürgermeister Dr. Oehler mitteilte, ist es der erste Fall, daß die Regierung in einer Eingemeindungsfrage den Provinzialtag um ein Gutachten ersucht. In der Debatte sprach sich Geheimrat Conze gegen und der Oberpräsident v. Rheinbaben für die Eingemeindung aus, die für die Elberfelder Industrie eine Lebensfrage sei.

Vermischtes.

* **Berlin**, 8. März. Der Vorstand des Vereins der Berliner Künstler legte gestern abend wegen des Konfliktes, der über die Beschickung der diesjährigen großen Düsseldorfer Kunstausstellung unter den Mitgliedern des Vereins entstanden ist, die Ämter nieder.

* **Braunschweig**, 8. März. (Drahtb.) Der erste Kapellmeister des Leipziger Stadttheaters, Richard Hagel, wurde zum Hofkapellmeister am hiesigen Hoftheater ernannt.

Luftschiffahrt.

kf. **Statistik der Überseeflüge.** Der imponierende Flug, den Bague am 5. März von Nizza nach Trigona ausgeführt und bei dem er 210 Klm. im Eindecker zurückgelegt hat, ist der neunte große Überseeflug, den die Geschichte der Flugmaschine aufzuweisen hat. Nachdem bereits im Jahre 1909 am 25. Juli Blériot die Fahrt von Calais nach Dover, die 38 Klm. lang ist, in 32 Minuten in seinem Eindecker gemacht hatte, brachte das Jahr 1910 6 weitere Flüge. Es folgten zunächst 8 Überquerungen des Kanals: Jacques de Lesseps flog im Eindecker in 42 Minuten von Calais nach Saint-Margareth; einen Monat später, am 2. Juli, flog Rolls von Dover nach Calais und wieder zurück von Calais nach Dover, dieser als erster, der einen Zweidecker benutzte; der erste, der mit einem Passagier den Kanal überflog, war Moisant, der am 10. August desselben Jahres ebenfalls von Calais nach Dover flog. Im Dezember 1910 flogen dann Cattaneo von Palermo nach San Juan (90 Klm.), Sopwith von Eastchurch nach Calais (50 Klm.) und Cecil Grace von Dover nach Calais; der letztere ist der erste Märtyrer des Überseefluges, er stürzte mit seinem Zweidecker ins Meer und ertrank. Das Jahr 1911 brachte dann noch einen weiteren Flug, nämlich den Mac Curdys, der auf der Fahrt von Key West nach Havanna den weitaus längsten Flug vor Bague unternahm, indem er 140 Klm. zurücklegte; aber auch seine Tour endete damit, daß er ins Meer fiel.

Letzte Nachrichten.

Bremerhaven, 8. März. (Drahtb.) Der Kaiser blieb heute vormittag an Bord des Linienschiffes „Deutschland", um 11 Uhr 30 holte der Lloyddampfer „Vorwärts", an dessen Bord sich der Vizepräsident des Norddeutschen Lloyd, Achelis und Direktor Heineken befanden, den Kaiser von Bord des Linienschiffes „Deutschland". Die Weserforts feuerten den Salut. Um 11 Uhr 40 ging der Hofzug nach Bremen ab.

Bremen, 8. März. (Drahtb.) Der Kaiser mit Gefolge ist heute mittag 1 Uhr auf dem Hauptbahnhof eingetroffen, wo er von dem Bürgermeister Markus empfangen wurde. Vom Bahnhof fuhr der Kaiser im Automobil durch die mit Flaggen geschmückten Straßen zum Ratskeller, vor dessen Eingang er von Kindern und Damen Blumensträuße entgegennahm. Im Ratskeller hatte sich ein zahlreiches Publikum eingefunden, das den Kaiser mit lebhaften Hurrarufen begrüßte. In den Senatsräumen des Ratskellers wurde der Kaiser von den Herren des Senats und dem früheren Bürgermeister Pauli begrüßt. Der Kaiser fährt um 3 Uhr nach Kiel, um sich zu dem erkrankten Prinzen Adalbert zu begeben.

Bremen, 8. März. (Drahtb.) Der Kaiser verweilte bis um 3 Uhr im Ratskeller und fuhr im Automobil zum Bahnhof, von wo aus um 3 Uhr 5 Min. die Abreise nach Kiel erfolgte, wo er um 6 Uhr 45 Min. eintraf.

Kiel, 8. März. (Drahtb.) Die Kaiserin ist heute früh zum Besuch des erkrankten Prinzen Adalbert hier eingetroffen.

Berlin, 8. März. (Drahtb.) Der Budgetkommission des Reichstages gingen neue Kompromißanträge zur Fernsprechgebührenordnung zu. Die Grundgebühr soll danach betragen: In Netzen bis zu 100 Anschlüssen 50 M., bis 1000 Anschlüsse 60 M., bis 5000 75 M., bis 20 000 90 M., bis 70 000 100 M., für jede angefangenen weiteren 50 000 Anschlüsse 10 M. mehr für jeden Anschluß, der nicht weiter als 5 Kilometer von der Vermittlungsstelle entfernt ist. Statt der Einzelgebühr von 4 Pfennigen kann eine Pauschalgebühr beliebt werden, bis zu 3000 Verbindungen 80 M. jährlich, bis 5000 130 M., bis 7000 170 M. und bis 10 000 200 M. Die Höchstzahl der von einem Anschluß aus zulässigen Gesprächsverbindungen beträgt 10 000 jährlich.

Berlin, 8. März. (Drahtb.) In der Kommission des Reichstages zur Vorberatung des Schiffahrtsabgabengesetzes erklärte Minister von Breitenbach, die Vorlage würde fallen mit Annahme des Antrages Junck, der besagt: Die Befahrungsabgaben dürfen nur von solchen Schiffen erhoben werden, die von den Werken einen Vorteil haben und nur für die Strecken, worauf ein solcher Vorteil eintritt. Der Minister verwies auf die Verantwortlichkeit als Verkehrsminister, die ihm angesichts des steigenden Verkehrs es zur Pflicht mache, eine den Verkehrszuwachs berücksichtigende Vorlage zu machen.

Berlin, 8. März. (Drahtb.) Das Gouvernement Tsingtau meldet, das Schutzgebiet ist bis jetzt seuchenfrei.

Saloniki, 8. März. (Drahtb.) In Ketschana wurden fünf Bulgaren hingerichtet, die mehrere Mohammedaner ermordet hatten.

Washington, 7. März. Eine amtliche Erklärung zu der vom Kriegsdepartement befohlenen Mobilisierung an der mexikanischen Grenze besagt, daß der Präsident diese Maßnahme angeordnet habe, um den ganzen Mechanismus einer Mobilmachung in größerem Umfange als je zuvor zu prüfen. Die Mobilmachung wird vorgenommen zur Widerlegung der Behauptung, daß die Armee der Vereinigten Staaten nicht auf einen wirklichen Krieg vorbereitet wäre. 20 000 Mann werden in Texas unter der Führung des Generals Carter, des Gehilfen des Generalstabschefs, zusammengezogen. Auch die Flotte wird in den geplanten Manövern eine Rolle spielen. Eine starke Flotte von Panzerkreuzern, unter denen sich auch die fünfte Division der Atlantischen Flotte befindet, wird unter dem Oberbefehl des Kontreadmirals Staunton in den Gewässern von Texas im Verein mit der Landarmee operieren.

El Paso, 8. März. (Drahtb.) Die mexikanischen Revolutionäre erlitten bei dem Angriff auf die Stadt Casa grandez schwere Verluste.

Handel und Industrie.

\# **Kassenschließung einer Berliner Bank.** Was schon an den beiden letzten Tagen an der Berliner Börse leise angedeutet worden ist, wurde am Dienstag Tatsache. Die Bankfirma Carl Neuburger in Berlin ist in große Schwierigkeiten geraten und hat ihre Kassen schließen müssen. Sie begründet dies damit, daß sie in Liquidation getreten sei. Das geschäftliche Gebaren der Neuburger-Bank, die mit einem Aktienkapital von 5 Mill. Mark arbeitet und deren Verpflichtungen sich über 10 Mill. M. belaufen, hat des öfteren schon die Kritik in den letzten Jahren herausgefordert und ist auch an dieser Stelle gekennzeichnet worden. Früher standen dem Bankier Carl Neuburger die reichen Mittel der Fürsten Hohenlohe und Fürstenberg zur Verfügung, und er hatte es verstanden, sehr zum Ärger der Großbanken sich damit einen Konzern zu schaffen, dem nur die eigenen Kapitalien der Großbanken fehlten. Die Situation dieses Konzerns wurde vor etwa fünf Jahren schon kritisch, als die beiden Fürsten ihre Kapitalien zurückzogen und anderweitig anlegten. Dadurch wurde der letzte finanzielle Halt der Neuburger-Bank entzogen, und auch die Umwandlung der Firma in eine Kommanditgesellschaft vermochte dem Unternehmen keine neuen Mittel zuzuführen. Vielmehr wurde versucht, durch Errichtung von Depositenkassen neue Spargelder des Publikums heranzubekommen. In fast 40 Orten wurden Filialen errichtet, die sehr oft nur Agenturen waren. Die kleinen Dörfer der Provinz Brandenburg, Mecklenburgs, Pommerns, Schlesiens und Sachsens, aber auch in Westfalen erhielten Zweigniederlassungen der Firma Neuburger, die durch das Angebot hoher Zinsen die Sparkapitalien an sich zu ziehen suchten. Gleichzeitig sollten sie bei den Bauern die zweifelhaften Werte der Gesellschaften vertreiben, die der Neuburger-Bank noch geblieben waren. Es wäre für die Bankfirma und auch für ihre Inhaber das beste gewesen, wenn sie den Schritt, den sie jetzt unternimmt, schon damals getan hätte, als ihr die fürstlichen Kapitalien entzogen wurden, nämlich die Liquidation. Sie hat es nicht getan und dadurch ihre Situation wesentlich verschlechtert. Was jetzt aus der Bank werden wird, steht nicht im geringsten fest. Das Schicksal der Spargelder, von denen in der letzten Bilanz mehrere Millionen vorhanden waren, im besonderen, ist vollkommen dunkel. Seit einigen Tagen werden Versuche gemacht, die Firma zu halten, und sie soll sich auch schon an verschiedene Banken mit der Bitte um Unterstützung gewandt haben. Ob diese ihr zuteil werden wird, ist freilich noch sehr fraglich. Am wahrscheinlichsten ist, daß der sogenannte Fürstenkonzern die Liquidation übernimmt. Das kann aber als der schlechteste Ausweg bezeichnet werden. Denn die Situation des Fürstenkonzerns selbst ist so äußerst unsicher und verwickelt, daß ihm nur eine Entlastung, nicht aber eine neue Belastung nützen kann. Die Großbanken, die durch ihre Politik seit Jahrzehnten der Neuburger-Bank das Leben erschwert haben, als sie noch auf soliden Pfaden wandelte, haben jetzt die moralische Verpflichtung, im Interesse der kleinen Gläubiger alles zu tun, um eine außergerichtliche, langsame Liquidation möglich zu machen. Die schnelle Schließung der Kassen kann im Interesse einer gleichmäßigen Befriedigung der Gläubiger nur gelobt werden.

Berlin, 8. März. (Drahtb.) Die Carl Neuburger, Kommanditgesellschaft auf Aktien gibt bekannt: Die vielfachen Angriffe gegen unsere Firma, die vor allem durch anonyme Rundschreiben an unsere Kundschaft in Tausenden von Exemplaren verbreitet wurden, haben seit Monaten eine immer steigende Beunruhigung in diese Kreise getragen. Wir haben mit Aufgebot aller Kräfte die dadurch an uns herangetretenen Anforderungen zu befriedigen gesucht. Da aber die Komplementäre unserer Gesellschaft, Carl und Fritz Neuburger diesen dauernden, auch persönlichen Angriffen, sich nicht mehr gewachsen fühlen und ihren Austritt erklärt haben, beschloß der Aufsichtsrat in seiner heutigen Sitzung, eine außerordentliche Generalversammlung zu berufen, um dieser die Liquidation vorzuschlagen, sofern nicht die bereits eingeleiteten Verhandlungen zum Zweck der Übernahme der Bank zum Ziele führen. Es sollen vorläufig die Kassen geschlossen und bis auf weiteres Zahlungen nicht geleistet und bei den Gläubigern ein Moratorium nachgesucht werden. Bei einer ruhigen Abwicklung der Geschäfte ist zu erwarten, daß alle Gläubiger voll befriedigt werden und noch ein erheblicher Teil des Aktienkapitals verbleiben wird. Ein genauer Status der Gesellschaft wird sofort nach Fertigstellung veröffentlicht werden.

Madrid, 8. März. (Drahtb.) Hier soll ein bekannter Baumwollspekulant seine Insolvenz erklärt haben. Die ungedeckten Schuldverbindlichkeiten sollen sich auf 20 Mill. beziffern.

Telegraphischer Bericht der Berliner Kursbörse.

Kassabörse.

	7./3.	8./3.		7./3.	8./3.
Wechsel Amst. k.	169,25	000,00	Span. äuss. Sch.	00,00	00,00
" Belg. Pl. k.	80,75	80,75	Ung. Goldrente	94,00	93,90
Check London	204,7	204,7	Schatzscheine	100,40	100,40
" Paris	80,93	80,93	Sächs. Rente	83,80	83,90
" Wechs. Wien	85,13	85,13	Rh.-W. Rentenbr.	000,00	100,80
" Ital. Pl. k.	81,05	81,10		91,40	91,30
Russ. Noten	216,40	216,45	Rhein. XX-XXI	100,70	100,60
Privatdiskont	3½	3½	do. XXII-XXIII	96,25	96,25
Reichsanl. kon.	94,50	94,50	III-VII, X,		
	84,70	84,60	XII-XVII,XXIV-		
Pr. Konsol kon.	94,50	94,50	XXVII, XXIX	91,90	91,80
	84,50	84,50	" XXVIII 16	91,90	91,80
Bayer. Handelsb.			" XVIII	88,80	88,80
Pfdb. unk. 1912	100,50	100,50	" IX, XI, XIV	86,20	86,20
Berl. H. P. abg.	97,10	97,10	W. Prov.-Anl. III		
do.	90,00	90,00	unk. b. 1909	100,90	100,70
Rh.-Westf. B.-Pf.			do. IV „ u. V 1915	101,50	101,50
X. unk. 10	99,00	99,00	do. IV 09	97,00	97,00
Westd. Bd.-Cr.-Pf.			do. II, III, IV	91,70	91,50
VI unk. 10	100,20	100,20	do. IV, VIII,		
do. III unk. 05	90,80	90,80	X (1915)	91,75	91,50
Preuss. Centr. Bd.			do. II	84,50	84,50
von 1890	99,60	99,60	Dortm. St.-Anl.	100,25	100,25
do. 99 unk. 09	99,50	99,40	Münster. Stadt-		
" 86, 89	90,50	90,40	Anleihe	00,00	00,00
" 94, 96 unk. 06	89,80	89,90	Westf. Pfdbr. 3½%	91,10	91,25
" 1904 unk. 13	90,60	90,60	4%	100,40	100,60
Pr. Pfdbr. Br. 25			Köln-Mind. Pr.-Al.	136,90	137,00
unk. 14	99,50	99,60	Ostafr. Zollobl.	93,75	00,00
do. 27 unk. 15	99,70	99,70	Barmer Bankv.	124,60	124,60
do. 28 unk. 1917	100,00	100,00	B.-M. Bk. Elbf.	162,30	162,80
do. 29 unk. 1909	100,10	100,10	Berl. Handelsges.	174,30	174,25
do. 30, 31 unk. 20	100,50	100,50	Komm. & Diskb.	116,50	116,75
do. 26 unk. 14	98,00	98,00	Deutsche Bank	268,50	269,30
do. 24 unk. 1912	91,40	91,40	Diskonto-Komm.	198,10	198,40
Pr. Com. Obl. II			Dresdener Bank	165,20	164,40
unk. 10	000,00	000,00	Essener Bankv.	137,50	137,50
do. VI unk. VII			Ess. Kreditanst.	164,40	164,25
unk. 17	101,00	101,00	Mittelrh. Bank	120,40	120,50
do. VIII unk. 18	101,00	101,00	Niederd. Bank	0,00	0,00
do. IX unk. 20	101,30	101,30	Osnabr. Bank	139,50	139,50
Argt. Gd. A. inn.	000,00	000,00	Rheinische Bank	117,00	116,50
Italien. Rente	000,00	000,00	Rh. Diskont.-Ges.	129,50	130,25
Rumänien 1889	93,00	93,00	Schaaffh. Bv. alte	144,00	144,00
Rumänien 1898	92,10	91,80			

Industriewerte.

Allg. Elekt.-Ges.	273,50	273,40	Königsbrauerei	156,00	156,00
Alumin.-Industrie	287,75	287,90	König Wilhelm	257,00	258,00
Allg. Lok. & Strb.	164,70	165,10	do. do. St.-P.	340,50	341,50
Anglo Guano	114,20	115,80	Königsborn. Bgb.	213,10	213,50
Arenb. Bergbau	392,00	393,25	Kronprinz Ohligs	496,50	000,00
Baer & Stein	422,75	424,00	Küppersbusch	210,50	210,50
Berzelius	103,00	104,00	Lapp	110,00	108,25
Bielefeld. Masch.	457,00	456,00	Laurahütte	177,25	177,00
Bochum. B. Lit. C.	80,20	80,10	Märk. W. Berg.	124,80	124,00
Boch.-Gels. Str.	146,00	146,00	Magdeb. Bergw.	518,00	525,00
Boch. Gussstahl	235,25	234,40	Massener Bergw.	118,10	118,30
Bochum. Viktor.	122,60	123,90	Menden u. Schw.		
Buderus	117,50	116,00	St. Pr.	000,00	000,00
Chem. Weiler	221,00	222,80	Mülh. Bergb.-G.	188,80	187,50
Cölner Bergbau	457,50	455,00	Neu Westend	193,00	192,50
Concordia Bergw.	320,00	319,50	Nordd. Lloyd	106,25	105,40
Consolidation	355,50	356,00	Nordpark	24,25	24,25
Deutsch-Luxemb.	202,00	201,10	Oberschles. Eisen-		
Donnersmark	307,00	307,50	bahnbedarf	106,00	106,10
Dortmd. Un. Lit. C.	000,00	000,00	do. Eisenindust.	93,50	94,00
Düsseldt. Eisbhd.	279,90	280,00	Orenst. & Koppel	214,30	214,70
"

J. M. Feibes

Salzstrasse 3-4.

Fortsetzung des Verkaufs grosser Partien

Glas, Porzellan u. Steingut

Unerreicht billige Preise. Soweit Vorräte reichen.

Monhof's

Zopffarbe

„Tonin"

macht alte hell gewordene Flechten wieder wie neu!

„Tonin" ist eine altbewährte Marke, und kostet pro Flasche 1 M. Versand gegen Probe per Nachnahme.

Rhenania-Parfümerie

H. Monhof,

Salzstr. 57

(vis-à-vis Feibes).

Saatkartoffeln!

Eingetroffen sind:

Frühe hiesige Pfläckmäuse, frühe hiesige Blauaugen, frühe hiesige Neunwochen, späte rote hiesige Nieren oder Mäuse, Holländische Großebohnen, russische Pflanzzwiebeln, Eckendorffer gelb und **rot Runkelsamen, sowie** Oberndorfer und Riesenhal, rheinischer **Rotkleesamen,** sämtliche **Grassaaten sowie Gemüse- und Blumensamen** der Export- und Import-Samen-Firma Franz Korte & Cie., Quedlinburg, in nur frischen besten Qualitäten, bei

Franz Reinke,

Jüdefelderstraße 41.

Fernruf 387.

Samenhandlung.

Schlüterbrot,

reines Roggenbrot, wohlschmeckend und lange frischbleibend, in allen Stadtteilen frei Haus. Das Brot zu 60 Pfg. liefert

Bäckerei Union,

Hammerstr. 12. Telef. 419.

Haarfarbe,

Kasche à 2.50 Mark, **Reform** à 1.50 Mark, **Aureol** à 1.25 und 3.50 Mark.

Versand unter Nachnahme.

H. Monhof,

Bogenstr. 7.

Jagd!

Einige Teilnehmer werden zur Anpachtung eines größ. bequem gelegenen guten Jagdreviers gesucht. Offerten unt. B B 523 an die Exped. erb. a2a

---

Ligowo-Saathafer

offeriert

100 Ktgr. zu 18 Mark frei Stat. Ochtrup

Die Provinz.-Gutsverwaltg. in Wettringen. *

Anfangs April kann ein

7 Meter-Möbelwagen

beladen werden

von Münster nach **Bochum, Essen** oder **Aachen.** Näheres **Franz Hoelle,** Spedition und Möbeltransport, **Königs-Steele** bei Steele a. Ruhr. *

Habe eine schwere, 11jähr.,

braune Stute,

etwas pflastermüde, sowie eine 9jähr., schwarze

leichtere Stute,

etwas dämpfig, billig abzugeb. **Joseph Heymann,** Brambauer, Nixweg 2.

Schwarzer Pudel

zugelaufen. Gegen Erstattung der Futter- und Inserationskosten abzuholen.

Frau Wwe. Schürmann, Havixbeck, Lasbeck.

Hund zugelaufen. **Tepe,** Mecklenbeck.

Gesucht ein gebr., guterhalt.

Chaiselongue.

Offerten mit Preisangabe u. **M R 512** an die Exp d. Bl.

Engländerin erteilt Unterricht gegen mäßiges Honorar. Offerten unter **Miß Nell** an die Exped. ds. Bl.

16- b. 20 000 Mark

von Selbstverleiher auf gute Hypothek zu 4½% von pünktlichem Zinszahler gesucht.

Näh. in der Exp. w2a

Goldenes, schwarzeingelegtes

Medaillon verloren.

Geg. Belohn. abzugeben bei Ostendorff, Prinzipalmarkt Nr. 11.

Vorgartengitter

zu verk. Warendorferst. 118.

Privat-Mittagstisch

v. 3 Herren, Nähe Bahnhof, gesucht. Off. mit Preis unt. **T U 518** an die Exp. ds. Bl.

---

2 Lorbeer- u. 3 Oleanderbäume bill. zu verkaufen. **Warendorferstraße 55.**

Keine **Ratte**
Keine **Maus** †

bleibt leben nach Genuß von

„Rodentil-Virus"!

Absolut geschmacklos, wird daher von den Tieren sofort gefressen.

Gutachten.

Dem Institut Kolibabe zu Dresden bestätige ich hiern, daß das von demselben in hiesiger Gemeinde ausgelegte Bakterien-Präparat

„Rodentil-Virus"

zur Vernichtung und Ausrottung von Ratten und Mäusen **beste Erfolge gezeitigt hat,** wie die Kontroll-Liste zeigt.

Ich kann daher das Institut Kolibabe jeder anderen Behörde auf das Wärmste empfehlen.

Nieder-Gorbitz, den 17. Sept. 1908.

(L. S.) (ges.) **Buntemann,** Gemeindevorstand.

Alleinvertrieb für Münster u. Umgegend:

Schwanen-Drogerie

Rothenburg 39/40,

F. Meyhöfener,

Apotheker.



Nur erstkl. Ware.

Heute und morgen großer billiger **Fischverkauf** im Hause

Bäckergasse 2.

ff. grüne Heringe Pfund 10 Pfg. Allerfeinsten großen Schellfisch Pfund 30 Pfg. ff. Kabliau, Seelachs, Seeaal, Goldbarsch, Knurrhahn, Schollen billig. ff. Bratbückinge Dutzend 50 Pfg. Rohebückinge Kiste 95 Pfg.

Fischhandlung Hambrock, Bäckergasse Nr. 2, am Neuplatz.

Telephon 1597. Telephon 1597.

Regenschirme



weit unter Preis.

Hatte Gelegenheit, einen Posten sehr billig zu erstehen und verkaufe solange Vorrat:

Zanellaschirme	Wert 3.00 Mk.	jetzt 1.50
Köper mit Futteral	Wert 4.00 Mk	jetzt 2.50
Gloria mit Seidenfutteral	Wert 5.00 Mk.	jetzt 3.50
Halbseide mit „	Wert 6.00 Mk.	jetzt 4.50
Reine Seide u. sehr feine Halbseide mit seidenem Futteral	Wert 7.00 Mk.,	jetzt 5.50

Mache auf meine Schaufenster ganz besonders aufmerksam.

Johs. Bracht,

Salzstrasse 5-6. Fernspr. 1028.

Ausschneiden!

Mit dem heutigen Tage eröffne ich im Anschluß an mein Patentbüro eine Centrale für alle

Bürcarbeiten.

Insbesondere werden **Schreibmaschinenarbeiten** nach Konzept und Diktat ausgeführt. Ferner fertige bezw. liefere ich Zirkularschriften, Vervielfältigungen, Adressen, Gesuche, Eingaben, Steuer- und andere Reklamationen, Kaufmännische Auskünfte 2c. 2c.

Man merke sich die Adresse:

Central-Bureau

Inh. Joh. Schröder

Loerstraße 1, gegenüber der Clemenskirche.

Westfäl. Billard- u. Jalousie-Fabrik

Franz Nüsing, Münster i. Westf.

Hammerstr. 53 empfiehlt **Fernruf 340**

Abt. I: **Roll- u. Zug-Jalousien,** Holz- u. Eisen-**Rollläden** aller Systeme, **Saalabschlüsse, Blendläden, Rollschutzwände, Holzrouleaux, Glasventilatoren, Schattendecken.**

Abt. II: **Billards** in verschiedenen Stilarten, von den einfachsten bis zu den elegantesten, zu konkurrenzlosen Preisen. **Umändern, Renovieren von Billards. Billard-Utensilien.**

COPAG

Heinrich Stamm, Roggenmarkt 5, Fernruf 448, empfiehlt in großer Auswahl

Goldfüllfederhalter.

Reparaturen aller Art werden in eigener Werkstatt ausgeführt.

---

15 000—16 000 Mark an 1. Stelle zu zedieren gesucht. Off. u. **S S 558** an die Exp. ds. Bl.

Suche 2—3000 Mk. gleich hinter einer 1. Spark.-Hypoth. zu April 1910. Offerten u. **A B 543** an die Exp.

Am Sonntag den 19. März veranstaltet der katholische Fürsorgeverein in der Aula des Städt. Realgymnasiums zum Besten des Säuglingsheims einen

Rezitations-Abend.

Hans Langmaack-Hamburg

liest aus den Werken von

Hedwig Kiesekamp

(L. Ráfael).

Gesang: Frau Justizrat Winneken-Essen.

Eintrittskarten zu 1.00 Mark sind zu haben in den Buchhandlungen u. Musikalienhandlungen, sowie an der Abendkasse zu 1.50 Mark. — — Beginn 8 Uhr.

BERLITZ SCHOOL,

Sprach - Institut für Damen und Herren.

Zu den jetzt neu beginnendenSprachkursen im **Englischen und Französischen** können noch Anmeldungen entgegengenommen werden.

Privat- und Klassenunterricht für Anfänger sowie Fortgeschrittene.

Den Damen wird im Französischen d. Unterricht von einer Lehrerin erteilt. Übersetzungen werden prompt besorgt. Prospekt auf Wunsch. Man wende sich an die **Berlitz School of Languages,** Syndikatgasse 4. Beste Referenzen. w6a

---

Sehr guterhaltenes

Pianino

ist für 280 Mk., und ein fast neues für 450 Mk. m. Garantie zu verkaufen.

Fritz Riesenbeck,

Pianobauanstalt, Bogenstr. 13. a2a



Prima Schellfische

in allen Größen, Kabeljau, Schollen, Rotzungen, Heilbutt, Seezungen, Flußhecht, lebende Aale, Karpfen, Schleie, Austern, Bratbücklinge, Seemuscheln, Stockfisch, neue Vollheringe, Nüsse und Südfrüchte,

Marinaden, Konserven

in großer Auswahl empfiehlt in prima Ware

Hamburger Fischhandlg.

Neubrückenstraße 2.

Filiale: Ludgeristraße 4. — Fernsprecher 197. —

Türschoner

Glas und Celluloid jede Größe auf Lager.

Gillen, Königstr. 58. a5a

Tanz-Schule

von

Jos. Schmedding,

Ludgeristraße 84.

Zu dem neu beginnenden Kursus werden weitere Anmeldungen erbeten. Einzel-Unterricht zu jeder Zeit. w2a

---

Stenographenverein „Münster"

(Einigungssystem Stolze-Schrey)



Der nächste Anfängerkursus beginnt am Montag, den 13. März 1911, abends 9 Uhr, im Hotel Küpper-Fechtrup hier, Ludgeristr. 56. Das Kursushonorar beträgt einschließlich Lehrmittel 7,50 Mk.

Anmeldungen werden an den Vorstand erbeten. a2a

Der Vorstand.

---

†

Das

Jahres-Seelenamt

für die verstorbene

Frau Ww. Schlossermeister

Chr. Niemann

findet am Freitag, um 8 Uhr, in der Ludgerikirche statt, wozu eingeladen wird.

Im Saale des

Zoologischen Garten

Nur 4 Tage! Nur 4 Tage!

Donnerstag, den **9., Freitag,** den **10., Samstag,** den **11.** und **Sonntag,** den **12. März 1911:**

Große Spezialitäten-Vorstellung

Artistische Leitung: Direktor **Heinr. Körber** (v. d. Festhalle).

Vornehmes dezentes Programm.

Rudolf Dessau

Deutschlands bester Klavier-Humorist.

Fred Pauli — Vogel- und Tierstimmen-Imitator.

Georg Sleidon — Turner am asiatischen Luftring.

Burton und Theo — Humoristische Kunstturner am dreifachen Reck.

Geschw. Merano — die ulkigen Duettisten.

Les Syrrots — Phänomenale Equilibristen.

Elvira und Welding — Ein Szene im Park.

Chas. Cherber — Amerikanischer Universalkünstler. a) Münzenbeschwörung, b) Papierkünste in noch nie gezeigter Vollendung, c) Jonglerie mit Keulen, d) Handschattenpantomimen.

Anfang des Konzertes 8 Uhr, der Vorstellung präzise 8½ Uhr.

Billet-Vorverkauf bei **Wilh. Schuster,** Bogenstr. Nummerierter Saalplatz 1.40 Mk., 1. Platz 90 Pfg., 2. Platz 60 Pfg.

H. Heye, Glasfabrik

Schauenstein b. Obernkirchen

gegr. 1820.

Generalvertreter für d. Bezirk Münster

A. Schmidt, Hafenstrasse 3.

Grosses Lager aller Sorten Flaschen, Demyohns, Korbflaschen, Medizingläser, Tropfgläser etc.

Electrische Klingeln

Türöffner u. Telephone

montiert praktisch, dauerhaft, preiswert, schnell und sauber

Reparaturen sofort

Ferd. Gillen, Königsstrasse No. 58. Telephon 1305.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unergründlichen Ratschlusse gefallen, gestern abend 9 Uhr unsere liebe, unvergeßliche Mutter, Schwiegermutter, Großmutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Wwe. Felix Schulze Niehoff

Caroline geb. **Wiedemann**

zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Sie starb nach kurzem Leiden infolge Altersschwäche, wohlvorbereitet durch einen echt christlichen Lebenswandel und gestärkt durch den Empfang der hl. Sterbesakramente im 75. Lebensjahre.

Verwandten und Bekannten widmen wir diese Traueranzeige mit der Bitte um ein Gebet für die liebe Verstorbene.

Altenberge, Wadersloh, Bickowo, Kaczanowo, Oblatschkowo (Posen), d. 8. März 1911.

Die trauernden Hinterbliebenen.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 11. März, 9 Uhr vormittags, gleich darauf das feierliche Seelenamt.

Sollte jemand aus Versehen keine Anzeige erhalten haben, so bitten wir diese als solche anzusehen.

Todes-Anzeige.



Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschlusse gefallen, gestern abend 6½ Uhr unsere gute Schwester, Schwägerin und Tante

Fräulein Caroline Stins

Lehrerin a. D.

nach langem, schwerem Leiden, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, im Alter von 64 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu rufen.

Um stilles Beileid bitten:

Die trauernden Angehörigen

Münster, den 8. März 1911.

Begräbnis: Samstag 3¼ Uhr vom Clemens-Hospital aus. Samstag 9 Uhr das feierliche Seelenamt in der Martini-Pfarrkirche.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, dieses als solche anzusehen.

Todes-Anzeige.



Heute nachmittag entschlief sanft infolge eines Sc laganfalles, versehen mit den hl. Sterbesakramenten, meine liebe Frau, unsere gute Mutter, Schwester, Schwägerin und Tante

Frau Maria Kampmann

geb. **Hovestadt**

im Alter von 56 Jahren

Münster, 7. März 1911.

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Prof. Kampmann, Gymnasialoberlehrer a. D.

Maria Kampmann.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, den 11. März, nachmittags 3½ Uhr, vom Sterbehause, Dettenstrasse 2, aus; das Seelenamt ist an demselben Tage, vormittags 8 Uhr, in der Pfarrkirche.

Todes-Anzeige.



Gott der Allmächtige hat in seinem unerforschlichen Ratschlusse heute morgen 9 Uhr meinen lieben Mann, unseren guten, liebevoll sorgenden Vater, Schwiegervater, Schwager und Onkel, den

Gutsbesitzer

Heinrich Steinhaus

unerwartet schnell aus unserer Mitte zu sich abberufen.

Der teure Verstorbene entschlief sanft nach einem christlich-frommen Leben im 70. Lebensjahre.

Wir empfehlen seine Seele der christl. Fürbitte und bitten besonders die Priester um ein Memento beim hl. Opfer.

Havixbeck, Südlohn, Münster, 7. März 1911.

Die trauernden Angehörigen.

Die Beerdigung findet statt am Samstag, 11. März, 9 Uhr vormittags.

Sollte jemand aus Versehen keine Nachricht erhalten haben, so bitten wir, dieses als solche anzusehen.

Todes-Anzeige.



Gestern abend 9 Uhr entschlief nach langem schweren Leiden, im 68. Lebensjahre, mein inniggeliebter Gatte, unser lieber, guter Vater, Bruder und Schwager

Herr August Zumloh

Amtmann a. D.

unerwartet, jedoch wohlvorbereitet durch einen christlichen Lebenswandel und versehen mit den hl. Sterbesakramenten.

Um ein Gebet für den lieben Verstorbenen bittet

Namens der trauernden Hinterbliebenen:

Frau Anselma Zumloh

geb. Nold.

Münster, den 8. März 1911.

Das Seelenhochamt findet statt am Samstag, den 11. März in der alten Pfarrkirche zu Warendorf, darauf die Beerdigung vom elterlichen Hause, Oststraße, aus.

Am Montag, den 13. März ist um 9 Uhr ein Seelenamt für den Verstorbenen in der St. Josephskirche, Hammerstraße.

Neu eröffnet!

Konditorei u. Café

Zum Lichtspielhaus

1. Et. Salzstr. 25.

H. Haverkamp.

Schlossgarten-Saal.

Heute nachmittag 3½ Uhr:

Großes Militär-Konzert.

Direktion: **O. Krüger.**

„Dortmunder Kind'l".

Heute großes

Militär-Konzert

ausgeführt von d. Kürassier-Kapelle unter pers. Leit. des Kgl. Obermusikmeisters Herrn Foitzik.

Zum Kiepenkerl.

Heute, Donnerstag:

Militär-Konzert.

Anfang 7½ Uhr.

— Entree frei. —

Operntexte

sind **billigst** zu haben in der

M. Kneerschen

Musikalienhandlung.

Stadt-Theater.

Donnerstag, Anfang 8 Uhr:

Carmen.

Große Oper von Bizet.

Freitag:

Kettenglieder

von Heyermanns.

Todesanzeige.

†

Gott dem Allmächtigen hat es in seinem unerforschlichen Ratschluß gefallen, gestern abend 7 Uhr unsern lieben Sohn und Bruder

Bernhard

nach kurzem, schwerem Leiden, gestärkt durch den Empfang der hl. Ölung im jugendlichen Alter von 9 Jahren zu sich in die Ewigkeit zu nehmen.

Handorf, d. 7. 3. 1911.

Dies zeigen tiefbetrübt an

Die trauernden Eltern:

Theod... Strotmeier,

Frau und **Geschwister.**

Die Beerdigung findet statt am Samstag morgen 9 Uhr in Handorf; gleich darauf das feierliche Seelenamt.

---

†

Das

Jahres-Seelenamt

für die verstorbene

Frau Alb. Heitbrock

verw. **C. Scheidt**

findet statt am Freitag, den 10. März, morgens 8 Uhr, in der St. Lamberti-Pfarrkirche, wozu Verwandte und Bekannte frdl. eingeladen werden.

---

†

Das

Sechswochen-Seelenamt

für den verstorbenen

Hauptlehrer a. D.

Franz Willwoll

findet am Freitag, d. 10. März, morgens 8 Uhr, in der Liebfrauenkirche statt, wozu freundlichst eingeladen wird.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem schmerzlichen Verluste unseres Vaters sprechen wir hiermit unsern Dank aus.

Familie

C. Timmermann.